THEODOR HEUSS PREIS 1991

Die friedlichen Demonstranten des Herbstes 1989
in der damaligen DDR

THEODOR HEUSS PREIS 1991

Die friedlichen Demonstranten des Herbstes 1989
in der damaligen DDR

Was ist der THEODOR-HEUSS-PREIS?

Vorgeschichte

Wenige Wochen nach dem Tod von Theodor Heuss im Januar 1964 wurde anläßlich einer Gedenkfeier die Stiftung des Preises von Dr. Hildegard Hamm-Brücher ins Leben gerufen.
Im Laufe des Jahres 1964 wurde die Satzung für eine überparteiliche Stiftung erarbeitet und die Tätigkeit aufgenommen.
Seither wurden die THEODOR-HEUSS-PREISE und THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN 27 mal verliehen.

Auftrag

Die Zielsetzung wurde in der Stiftungsurkunde vom 13. April 1964 wie folgt formuliert: Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, hat durch sein Leben und Werk allen Mitbürgern ein Beispiel demokratischer und liberaler Gesinnung gegeben.
In dem Bestreben, dieses vorbildliche Wirken weiteren Kreisen unseres Volkes zum Maßstab und als Ansporn ihres Handelns zu setzen, beschließen die Unterzeichner die Gründung des Vereins »THEODOR-HEUSS-PREIS«.

Ziel der Stiftung ist es, vorbildlich demokratisches Verhalten, bemerkenswerte Zivilcourage und beispielhaften Einsatz für das Allgemeinwohl zu fördern und anzuregen.
In Erfüllung dieser Aufgabe wird alljährlich, mindestens jedoch alle zwei Jahre, der THEODOR-HEUSS-PREIS an Einzelpersonen oder Personengruppen, die sich in diesem Sinne besonders verdient gemacht haben, verliehen.
THEODOR-HEUSS-PREIS und THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN sind ebenbürtig. Die Zuerkennung des Preises ist vorwiegend am politischen, die der Medaillen am gesellschaftlichen Engagement orientiert.

Gremien

Auswahlgremien sind ein zehnköpfiger Vorstand und ein bis zu 40köpfiges Kuratorium, das auf Vorschlag des Vorstands die Entscheidung und die Wahl der Preisträger vornimmt.

Sonstige Aktivitäten

In der Evangelischen Akademie Tutzing fanden – dank finanzieller Unterstützung durch die ROBERT BOSCH STIFTUNG – drei größere Tagungen statt:

1978: »Die Zukunft unserer Demokratie« – Bürger diskutierten mit dem Bundespräsidenten, dem Bundestagspräsidenten, dem Bundeskanzler und dem Bundesverfassungsgerichtspräsidenten.

1981: »Herausforderungen in der Zukunft – Wirtschaft ohne Wachstum? Jugend ohne Perspektive? Dritte Welt ohne Hoffnung? Bürger ohne Beteiligung?«
1983: »Fremde als Nachbarn – Nachbarn als Fremde«
1987: »Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie – Frieden mit der Natur«
in der Evang. Akademie Bad Boll

Veröffentlichungen

Bücher und Broschüren:
Vom rechten Gebrauch der Freiheit I (1974)
Vom rechten Gebrauch der Freiheit II (1984)
Alljährlich Broschüren über die Auswahl und Verleihung
Auftrag und Engagement der Mitte (1974)
Die Zukunft unserer Demokratie (1979)
Mut zum Erinnern (1979) – Reden von Theodor Heuss aus dem Jahr 1949
Buchveröffentlichungen der Vorsitzenden und ein Schülerwettbewerb zum 100. Geburtstag von Theodor Heuss.
Die aufgeklärte Republik (1989)

Dank und Erinnerung

Die Stiftung erinnert sich dankbar ihrer verstorbenen Mitbegründer, Vorstands- und Kuratoriumsmitglieder
Ernst-Ludwig Heuss – Waldemar Besson – Karl Gotthard Hasemann – Karl-Hermann Flach – Anton Fingerle – Werner Friedmann – Otto Hahn – Werner Heisenberg – Georg Hohmann – Hans Lenz – Felix Messerschmid – H. Ch. von Tucher – Carl Zuckmayer.

THEODOR-HEUSS-STIFTUNG

zur Förderung der politischen Bildung und Kultur e.V.

Sitz Stuttgart

Ehrenvorsitzender: Bundespräsident a. D. Walter Scheel
Vorstand: Hildegard Hamm-Brücher – Paul Noack – Hermann Freudenberg
Ursula Heuss – Ludwig Heuss – Claus Jürgen Roepke – Manfred Rommel
Erwin Teufel – Hans-Jochen Vogel

Liebe Freunde und Förderer!

Zur Erinnerung an die 27. Verleihung des THEODOR-HEUSS-PREISES am 16. März 1991 in Stuttgart – die erste im vereinten Deutschland – legen wir wiederum eine kleine Broschüre mit den Ansprachen und Beiträgen vor, die aus diesem festlichen Anlaß gesprochen wurden.

Sie zeugen von der politischen Bedeutung der diesjährigen Auswahl und von der freudigen Anteilnahme, die diese Feierstunde begleitete. Mit der Überreichung dieser kleinen Broschüre möchten wir nicht nur den Dank an unsere bisherigen Freunde und Förderer abstatten, sondern darüber hinaus neue Freunde und Förderer gewinnen.

Unsere Stiftung lebt – im Sinne von Theodor Heuss – von der „Hilfswilligkeit" derer, die unsere Arbeit und unsere Ziele unterstützen.

Deshalb wären wir Ihnen, sehr geehrte Empfänger und Leser dieses Heftchens, von Herzen dankbar, wenn wir auch Sie dazu zählen dürfen. Adresse und Bankkonto finden Sie am Schluß der Broschüre.

Mit herzlichem Dank für Ihr Interesse verbleiben wir
Ihre THEODOR-HEUSS-STIFTUNG

Dr. Hildegard-Hamm-Brücher
Vorsitzende

THEODOR-HEUSS-PREIS
Verleihung 1991

Der THEODOR-HEUSS-PREIS
wurde verliehen an die:

Friedlichen Demonstranten des Herbstes 1989
in der damaligen DDR

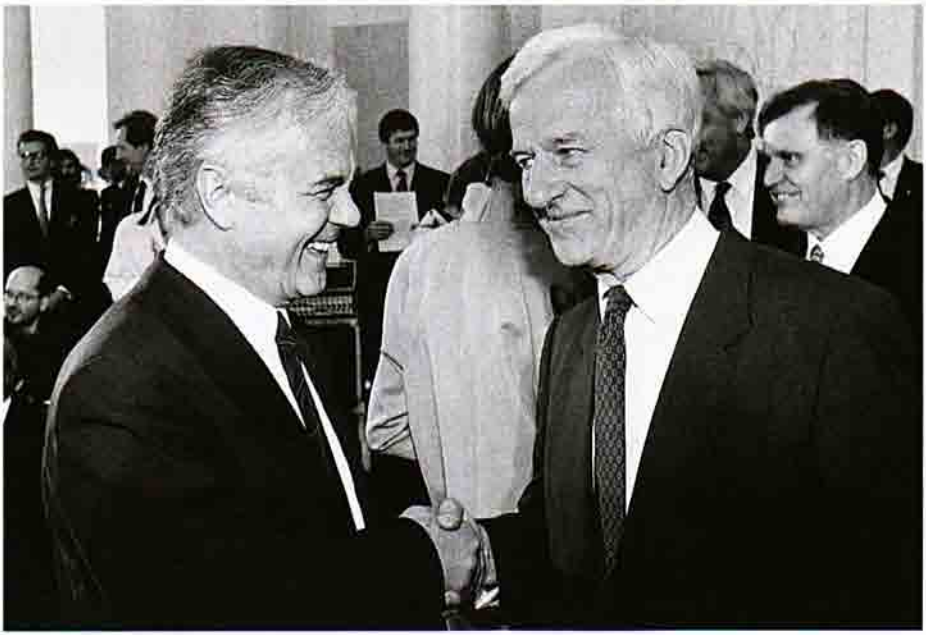
THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN
wurden verliehen an:

Christian Führer
Joachim Gauck
David Gill
Anetta Kahane
Ulrike Poppe
Jens Reich

für ihre hervorragenden Beiträge vor und während der friedlichen Revolution und Selbstbefreiung in der ehemaligen DDR.

Mit dieser Auszeichnung soll – angesichts der quälenden Diskussion über die Erblast des SED-Regimes und der Stasi-Vergangenheit – das hervorragende Beispiel von Persönlichkeiten gewürdigt werden, die den aufrechten Gang in die Demokratie gewagt und andere dazu ermutigt haben.

Christian Führer, Joachim Gauck, David Gill, Anetta Kahane, Ulrike Poppe und Jens Reich haben mit ihrem Engagement und ihrer Zivilcourage im Sinne der Satzung der THEODOR-HEUSS-STIFTUNG beispielhafte Beiträge für unser freiheitliches Gemeinwesen geleistet, die für die Weiterentwicklung und Stärkung unserer Demokratie Verpflichtung und Ansporn bedeuten.



Ulrike Poppe
Christian Führer

Begrüßung
Paul Noack

Herr Bundespräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde des THEODOR-HEUSS-PREISES! Sie haben gerade die jungen Musiker gehört, ein weiteres Verbindungsglied zu den neuen Ländern. Es war das Bläser-Quintett der Landesmusikschule Leipzig.

Das Protokoll ist eine schwer zu erlernende Kunst und daß ich von Zeit zu Zeit dazu ausersehen werde, es vor Ihnen zu exerzieren, hat – wie Sie auch diesmal bemerken werden oder schon bemerkt haben – nur wenig mit der Perfektion zu tun, mit der ich es beherrsche, sondern vor allem damit, daß die anderen Vorstandsmitglieder unserer Stiftung an einem Tag wie diesem anderweitig im Einsatz sind. Aber ich beklage mich deshalb nicht, im Gegenteil. Die Verleihung des THEODOR-HEUSS-PREISES ist bei aller öffentlichen Anerkennung, die er genießt, doch so etwas wie eine Art Familienfeier geblieben, wobei ja gerade in intakten Familien die unterschiedlichsten Familienmitglieder ihren Platz finden. Aber darüber hinaus ist der 16. März 1991 für den zum 27. Mal verliehenen Preis ein besonderer Tag. Denn zum ersten Mal sind Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den neuen Bundesländern nicht nur unter uns, sondern stehen als Preisträgerinnen und Preisträger im Mittelpunkt dieser Feier. Dabei will mir, meine Damen und Herren, das „Brüder und Schwestern" angesichts der Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse nicht so recht über die Lippen gehen, ich sprach ja vorhin von intakten Familien.

In wie starker Weise sich der THEODOR-HEUSS-PREISS schon früh der Besten dieses Landes versichert hat, ersehen Sie daraus, daß ich als erster Ehrengast Sie, Herr Bundespräsident Richard von Weizäcker, begrüße. Sie waren unser 20. Preisträger. Wir wissen sehr zu schätzen, Herr Bundespräsident, was Ihre Anwesenheit für das Anliegen unseres Preises bedeutet. Ich begrüße ich gleichen Atemzug Ihren Bruder, Professor Carl Friedrich von Weizäcker, unseren 25. Preisträger, der uns von Anfang an verbunden gewesen ist. Unser Ehrenpräsident und 7. Preisträger, Alt-Bundespräsident Walter Scheel, wird mit der ihm eigenen Weisheit über diese erste Abweichung vom Protokoll gütig hinwegsehen.

Mit ihm begrüße ich die Preisträger dieses Jahres, die ja noch namentlich geehrt werden und auch Preisträger der vergangenen Jahre, die zahlreich unter uns sind. Nach diesen Ehrengästen, die schon länger dem Preis verbunden sind, darf ich den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Erwin Teufel erstmals begrüßen. Sie sind uns immer herzlich willkommen, ebenso den neuen Minister für Wissenschaft und Kultus, Herrn von Trotha. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Manfred Rommel ist zwar ebenfalls der herzlichsten Grüße als Vorstandsmitglied unserer Stiftung bedürftig, durfte sie aber auch schon oft genießen.

An dieser Stelle ist es wohl der angemessene Platz, ein Telegramm des letztjährigen Preisträgers, Außenminister Genscher, zu verlesen, der auch an die Preisträger gerichtet, folgendes schreibt:

„Sehr herzlich gratuliere ich allen Preisträgern des diesjährigen THEODOR-HEUSS-PREISES. Es ist ein schöner Gedanke der THEODOR-HEUSS-STIFTUNG, in Ihnen und mit Ihnen die ganze Bevölkerung Ostdeutschlands zu ehren. Sie haben zusammen mit Ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern unter schwierigsten Verhältnissen die wichtigsten Bürger-

tugenden sichtbar aller Welt vor Augen geführt: Freiheitswillen, Selbständigkeit des Denkens und Handelns und konsequenten Verzicht auf jede Art von Gewalt. Dieser aufrechte Bürgersinn ist – so meine ich – das wichtigste Kapital, das die Bürger der fünf neuen Bundesländer in das geeinte Deutschland einbringen; insbesondere in diesen Tagen ist es sinnvoll und nötig, alle Deutschen daran zu erinnern. Unser heutiges Handeln wird von der Geschichte daran gemessen werden, inwieweit es dem hohen Maßstab gerecht wird, den die Deutschen in der früheren DDR mit ihrer friedlichen Revolution gesetzt haben. Ihre historische Tat stellt historische Fragen und fordert historische Antworten. Sie ist ein fortdauernder Appell an unseren Gemeingeist, der allein die Zukunft unseres Volkes sichern kann. Ich grüße und beglückwünsche Sie alle in dankbarer Hochachtung, Ihr Hans-Dietrich Genscher."

Ich begrüße sodann Herrn Ministerpräsidenten Manfred Stolpe, der vor zwei Jahren eine Art Preisträger gewesen ist. In Ihrer neuen Funktion werden Sie das vielleicht noch einmal werden. Ihr damaliger Mitaspirant, Kurt Biedenkopf, hat uns ein Grußwort geschickt und grüßt Sie alle auch recht herzlich. Er ist verhindert, wie das bei Ministerpräsidenten so üblich ist.

Dann begrüße ich ganz besonders herzlich einen Mann, der uns sehr eng und von Beginn an verbunden ist: Dr. Hans-Joachim Vogel, den Oppositionsführer und alten Freund der Stiftung, langjähriges Mitglied des Kuratoriums – noch aus Münchener Tagen kommt der Duft der damals kleinen THEODOR-HEUSS-STIFTUNG zu uns herüber, wenn ich Sie hier in der ersten Reihe sehe.

Und nun begrüße ich Minister – so ist mir das aufgeschrieben worden – Staatsekretäre, Landtagspräsidenten, aus neuen und alten Bundesländern. Ich begrüße Abgeordnete des Bundestages und der Bundesländer, Vertreter der Fraktionen, Bürgermeister und Stadträte, darunter den Bürgermeister von Brackenheim, dem Geburtsort von Theodor Heuss. Und ich begrüße nicht zuletzt – es ist klar, daß wir ohne die Familie Heuss den THEODOR-HEUSS-PREIS in dieser engen Verbindung zum Geist von Theodor Heuss, nicht feiern könnten – Frau Ursula Heuss und den Enkel von Theodor Heuss, Ludwig Theodor Heuss sehr herzlich.

Ich begrüße Abgesandte von Theodor-Heuss-Schulen, sechs Heuss-Stipendiaten, befreundete Stiftungen, Münchner Freunde und Förderer. Und ich begrüße natürlich ganz herzlich die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, ohne die der Preis nicht diese Breitenwirkung gehabt hätte, die er nun einmal erreicht hat.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende. Lange Begrüßungen wie diese sind ein Zeichen dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Umgebung, in der Sie sich befinden, Ihrer Gegenwart wert ist.

Erwin Teufel

Verehrter Herr Bundespräsident, verehrte Frau Bundestagspräsidentin, verehrte Frau Hamm-Brücher, verehrter Herr Alt-Bundespräsident, lieber Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Vogel und verehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag und dem Landtag von Baden-Württemberg, sehr geehrter Herr Kollege Stolpe, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Rommel, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vor Ihnen steht ein geborener Schwabe, der seit 19 Jahren im Badischen zu Hause und politisch tätig ist und dies leicht miteinander verbinden kann im gemeinsamen allemannischen Süden. Ich darf Sie sehr herzlich begrüßen, die Sie heute als Gäste zur Verleihung des THEODOR-HEUSS-PREISES nach Stuttgart in unsere Landeshauptstadt gekommen sind. Ich begrüße Sie im Namen aller Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs und im Namen unserer Landesregierung. Mein besonderer Gruß gilt den Trägern des diesjährigen Preises und allen Freunden und Weggefährten aus den neuen Bundesländern, die sie heute nach Stuttgart begleitet haben.

Ich freue mich sehr, daß Sie, verehrter Herr Bundespräsident, unter uns sind und damit die Träger des Preises ehren, der den großen Namen eines Ihrer Amtsvorgänger trägt. Die Bundesrepublik Deutschland hatte Glück in ihrer 40jährigen Geschichte. Sie hatte auch Glück mit ihren Bundespräsidenten. Und das Land Baden-Württemberg betrachtet es als besonders glückliche Fügung, daß der erste Bundespräsident der jungen Bundesrepublik und der erste Bundespräsident des vereinten Deutschlands beide in Baden-Württemberg geboren wurden und beide Ehrenbürger unserer Landeshauptstadt Stuttgart sind.

Meine Damen und Herren, es ist das Ziel der THEODOR-HEUSS-STIFTUNG, zur freien Bürgergesinnung, zum demokratischen Engagement beizutragen. So haben Sie, verehrte Frau Vorsitzende Hamm-Brücher, einmal formuliert. Die friedlichen Demonstranten des Herbstes 1989 haben freie Bürgergesinnung und demokratisches Engagement in einer Extremsituation gewagt. Sie haben kreativ, mit Zivilcourage und mit Phantasie ein totalitäres System herausgefordert und sich von seinen Zwängen befreit. Sie haben damit der deutschen Geschichte ein ganz neues Kapital hinzugefügt. Und dafür sind wir Ihnen zu Dank verpflichtet. In seiner ersten großen Rede nach dem zweiten Weltkrieg hat Theodor Heuss 1946 in Berlin gesagt: „Wir stehen unter der Last unserer an Größe reichen Geschichte, weil bei uns in Deutschland die Geschichte der Freiheitskämpfe eine Geschichte der Niederlagen geworden und geblieben ist." Die friedliche Revolution des Herbstes 1989 hat auf die vielen Niederlagen im Laufe der deutschen Freiheitsgeschichte einen Sieg folgen lassen. Wir haben deshalb allen Grund, dafür dankbar zu sein. Und wir haben allen Grund, uns dieses geschichtlichen Durchbruchs würdig zu erweisen. Es ist gut, wenn wir uns angesichts dieser Aufgabe an Theodor Heuss erinnern. Er hat zusammen mit den Müttern und Vätern des Grundgesetzes die Wiederbelebung der Demokratie in Deutschland unter scheinbar hoffnungslosen Voraussetzungen begonnen. Das Land war, wie Heuss sagte, besiegt und erlöst zugleich. Unsere Landsleute in den neuen Bundesländern fühlen sich befreit und tief verletzt zugleich, von der Geschichte benachteiligt und von einem freiheitswidrigen und menschenverachtenden Regime geschunden. Diesem Gefühl Rechnung zu tragen, ist die Aufgabe von uns, die wir in den vergangenen 40 Jahren ohne eigenes Verdienst unter glücklicheren Umständen leben durften. Theodor Heuss hat seine Arbeit in einem Brief

mit einem besonders schönen Satz beschrieben: „Die Mitte meiner Bemühungen ist der Kampf gegen die Trägheit des Herzens." Genau darum, meine Damen und Herren, geht es auch heute. Anstelle Lethargie, Resignation, Neid und Besitzstandsdenken brauchen wir Mut, Phantasie, Gemeinsinn und Solidarität.

Wir brauchen den Mut zur Freiheit, zur Zivilcourage, zur Eigenverantwortung, zum aufrechten Gang in den alten, genauso wie in den neuen Bundesländern. Wir brauchen den Mut zur Toleranz, die Theodor Heuss „ein Element aktiver Tapferkeit" genannt hat. Und wir brauchen den Mut zum Teilen und zur Solidarität oder – mit einem Wort von Theodor Heuss „den Mut zur Liebe". Die humane Qualität eines Gemeinwesens und damit letztlich der innere Friede hängen von gelebter Freiheit und von praktizierter Solidarität ab. Unsere Zukunft entscheidet sich darin, ob wir zu dieser Solidarität bereit sind, zur Solidarität zwischen den Deutschen in den alten und in den neuen Bundesländern, zur Solidarität zwischen den Generationen in unserem Land, zur Solidarität mit unseren östlichen Nachbarn in Europa, ohne die wir Einheit und Freiheit nicht erreicht hätten und zur Solidarität mit den Ländern der dritten Welt.

Meine Damen und Herren, für die meisten unter uns war es noch vor zwei Jahren nicht mehr als eine ferne Hoffnung, daß Einheit und Freiheit in Deutschland Wirklichkeit werden könnten. Jetzt ist diese Hoffnung Realität. Der Auftrag des Grundgesetzes, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, ist eingelöst. Es ist unser Auftrag, diesem Geschenk der Geschichte, diesem Geschenk des Herrn der Geschichte gerecht zu werden als freie und solidarische Bürger in unserem Land, als gute Nachbarn für Ost und West und als verantwortliche Partner in der Gemeinschaft der Völker der Welt.

Hans-Jochen Vogel

„Die Letzten werden die Ersten sein!" Diese alte biblische Weisheit wird auch von der Stiftung praktiziert. Und so finde ich mich nach einigen Jahren, in denen mir das Schlußwort oder Nachwort anvertraut war, heute als Grußredner placiert, der unmittelbar nach dem Teufel kommt – um den vielen mehr oder weniger geistvollen Namensbezüglichkeiten, zu denen sich Ihr Name, Herr Ministerpräsident, aber auch der meine ganz vorzüglich eignen, eine weitere hinzuzufügen. Dafür sind Sie, Herr Kollege Rommel, ans Ende geraten. Das läßt uns hoffen, daß wir mit einer der schwäbisch-verschmitzten Anmerkungen entlassen werden, denen Sie zumeist eine ordentliche Prise Ironie beimischen und die Sie wie kaum ein anderer zu artikulieren verstehen.

Wie dem auch sei und an welcher Stelle auch immer: Ich bringe Ihnen allen die sehr herzlichen Grüße meiner politischen Freundinnen und Freunde. Sie gelten vor allem den Preisträgerinnen und Preisträgern des heutigen Vormittags, die ich zugleich beglückwünsche und denen ich danke. Danke für ihre Zivilcourage, für ihre Beharrlichkeit und für ihren Beitrag zu einem Vorgang und einem Geschehen, das dem Buch unserer Geschichte ein ganz neues Kapitel hinzugefügt hat – nämlich das Kapitel einer gewaltlosen und erfolgreichen Volksrevolution, die ein erstarrtes System der Bevormundung und der Repression beseitigt hat und die den Prinzipien der demokratischen Selbstbestimmung zum Durchbruch verhalf. Es ist Ihr Verdienst und das der Männer und Frauen, für die Sie stellvertretend geehrt werden, nämlich alle diejenigen, die wie Sie im Herbst 1989 zueinanderfanden und auf die Straße gingen, daß zur deutschen Geschichte nicht mehr allein die Erinnerung an gescheiterte Freiheitsbewegungen, an fehlgeschlagene oder steckengebliebene Versuche, wie die von 1848 oder von 1918 oder 1953 gehören, sondern jetzt auch die Erinnerung an eine Volkserhebung, die jedenfalls ihr unmittelbares Ziel erreicht und uns insgesamt vorangebracht hat.

Allerdings füge ich mit Ernst und großer Sorge hinzu: Die Erinnerung genügt nicht. Und es genügt auch nicht, daß wir einzelne Männer und Frauen des Herbstes 1989 stellvertretend für alle diejenigen, die mit ihnen gemeinsam aufgebrochen sind, in einer Feierstunde ehren, und sie dann wieder beiseite treten lassen und uns mit einem Achselzucken unseren Geschäften zuwenden. Wir – und gerade wir in den alten Bundesländern – sollten auf diese Männer und Frauen hören. Ihre Botschaft ist auch für uns von Bedeutung. Auch unsere gesellschaftliche Ordnung und insbesondere unsere gesellschaftliche Wirklichkeit ist von ihren Fragen und ihren kritischen Positionen betroffen. Etwa unsere Bereitschaft zur Solidarität und zum Teilen und unsere Fähigkeit, aufeinander zuzugehen und die Selbstachtung der Menschen in den neuen Bundesländern zu respektieren, statt sie zu beschädigen. Wir dürfen uns nicht wundern, daß die Art und Weise, wie Teile der Politik in den letzten Wochen und Monaten mit der Wahrheit umgegangen sind, wie Menschen mit ihren existenziellen Sorgen alleingelassen, ja vor den Kopf gestoßen wurden, aus Hoffnung und Zuversicht Enttäuschung und Verbitterung werden ließ.

Es ist leider wahr: Die geistige und moralische Kraft derer, ohne die es den Herbst 1989 und damit auch die deutsche Einigung so nicht gegeben hätte, ist bislang nur unzureichend genutzt worden. Der heutige Tag sollte deshalb auch als

eine Mahnung, als ein Appellan alle Verantwortungsbewußten verstanden werden, das zu ändern. Der Prozeß, in dessen Verlauf aus dem Grundgesetz die endgültige Verfassung der größeren Bundesrepublik werden soll, gibt dazu eine Chance. Denn die intensive Mitwirkung gerade der Menschen in der ehemaligen DDR und die abschließende Inkraftsetzung der Verfassung durch eine Volksabstimmung können bewirken, daß sie sich nicht mehr allein als Aufgenommene verstehen, die zu etwas schon Fertigem hinzugetreten sind, sondern als Bürgerinnen und Bürger, die mit uns gemeinsam die deutsche Einigung vollenden und die Konstitution des neuen Deutschlands mitgestalten und in diese Konstitution ihre Erfahrung einbringen. Und wer wäre dazu mehr berufen als die, derentwegen wir heute hier zusammengekommen sind.

In diesem Sinne danke ich der Stiftung, die sich im Geiste Theodor Heuss' einmal mehr als Mahnerin und als Forum des konstruktiven Widerspruchs erwiesen hat. Beides Eigenschaften übrigens, die demnächst aus besonderem Anlaß auch als kennzeichnende Eigenschaften von Frau Hildegard Hamm-Brücher zu würdigen sein werden und die zeigen, wie sehr Sie, liebe Frau Hildegard, die Stiftung unverändert prägen. In diesem Sinne auch wünsche ich der heutigen Veranstaltung einen guten Verlauf und eine lebhafte Resonanz.

Begründung und Verleihung der Preise Hildegard Hamm-Brücher

I.

„Demokratie und Freiheit sind nicht nur Worte sondern lebensgestaltende Werte"

Mit diesen Worten von Theodor Heuss – ausgesprochen nach seiner Wahl zum ersten Präsidenten unserer Republik – möchte ich Sie – ein Jahr nach den ersten freien Wahlen in der damals Noch-DDR – auf die Thematik der 27. HEUSS-PREIS-VERLEIHUNG einstimmen.

- In einem Augenblick, in dem von der Aufbruchstimmung des Vorjahres kaum noch etwas zu spüren ist...
- in einem Augenblick, in dem wir aus dem hausgemachten Teufelskreis unhaltbarer Versprechungen und Illusionen kaum noch herausfinden
- in einem Augenblick, in dem fast nur noch von Arbeitslosigkeit, Stasi-Erblast, Abwicklung, Verbitterung und Enttäuschung zu hören ist (Altlasten!)

gerade in einem solchen Augenblick scheint es uns an der Zeit, gemeinsam einen neuen Anlauf zu suchen. An die Stelle unfruchtbarer Beschuldigungen und Besserwisserei wollen wir ganz einfach noch einmal an das Beispielhafte und für die Zukunft Verpflichtende der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR erinnern, indem wir – stellvertretend für andere – sechs Beispiele für den aufrechten Gang in die Freiheit auszeichnen: Nicht aus Nostalgie oder mit mangelndem Realitätssinn, sondern mit dem offenen Blick nach vorn.

Die THEODOR-HEUSS-STIFTUNG hat es sich in den 27 Jahren seit ihrer Gründung noch nie leicht gemacht mit Thematik und Auswahl ihrer Preisträger... Sie hat nie Bambis für politische Moden verteilt, vielmehr immer von neuem versucht, Schwächen und Gefährdungen unserer Demokratie beim Namen zu nennen und positive Ansätze zu stärken. Halt so – wie es der Lehrmeister unserer Demokratie, Theodor Heuss, in den Anfängen der Nach-Hitler-Zeit wieder und immer wieder getan hat: Entkrampft und ohne erhobenen Zeigefinger, mit Humor, aber unverblümt.

In diesem Sinne also wollen wir heute mit unseren sechs Beispielen nicht nur den aufrechten Gang in die Demokratie auszeichnen – sondern in Rede und Gegenrede am „runden Tisch" (moderiert von einem Pfarrer!) auch und vor allem den aufrechten Gang in der – nun Wessis und Ossis gemeinsam anvertrauten – Demokratie proben. Hüten sollten wir uns dabei, als „BESSER WESSIS" aufzutreten. – Wir haben nämlich nach der nicht selbsterkämpften Befreiung der Hitler-Diktatur auch lange Zeit gebraucht, um uns mit der Demokratie zu befreunden. Noch Mitte der 50er Jahre kannten kaum die Hälfte unserer Bevölkerung das Grundgesetz und fast 60 Prozent fanden den Nationalsozialismus eine gute Idee, nur schlecht ausgeführt. Und wie wir nach 1945 mit ehemaligen Nazis in Staat und Gesellschaft fertig wurden, das war auch nicht gerade ein Ruhmesblatt unserer ersten demokratischen Geh- und Stehversuche...

Hüten wir uns also vor jeder Selbstgerechtigkeit gegenüber den oft mühsamen demokratischen Anfängen in den neuen Bundesländern (dort wiegt die Erblast aus Diktaturen weit schwerer – und dauerte fast 45 Jahre länger! Und *nutzen* wir die Chance anlässlich der Überwindung der Teilung, auch vor der eigenen demokratischen Türe (und auch in den Vor- und Hinterhöfen der Macht) zu kehren!

Heute gilt es – jenseits aller derzeitigen Frustrationen und Parteienrangeleien – die *gemeinsame Herausforderung* zu entdecken, bewußt zu machen und anzunehmen, die in den Ereignissen der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 und bei den Frauen und Männern, die sie bewirkt haben, ihren Anfang genommen hat.

Ich formuliere diese *Herausforderung* ganz offensiv:
Dieser Herbst 1989 mit seinen Friedensgebeten und Montagsdemonstrationen, mit dem friedlichen Aufbegehren in Worten und Taten, mit seinen „runden Tischen" war, ist und bleibt das wohl *wichtigste Datum* in unserer an Freiheitsdaten nicht überreichen Demokratiegeschichte. Es war der „Aufbruch in ein freies Menschentum", – so hat es Theodor Heuss am 18. März 1946 – also vor fast genau 45 Jahren in einer fast hoffnungslosen Notzeit formuliert, als er damals auf Einladung des „Kulturbundes für die demokratische Erneuerung Deutschlands" im damaligen „Haus des Rundfunks" (Masurenallee) nachdenklich mahnend über *„Deutschlands Zukunft"* sprach.

Ich zitiere aus dieser Ansprache:
„... Demokratie ist keine Zauberformel für die Nöte der Welt. Die gibt es auch in der Demokratie. Demokratie heißt auch nicht nur Wählerstatistik und sie ist nicht nur ein Rechenverfahren, sie ist vielmehr im Elementaren die Anerkennung eines freien Menschentums."

Ja, das war es, was wir auch in jenen Herbsttagen im Jahre '89 in Leipzig und Dresden, in Stadt und Land „im Elementaren" erlebt haben:

Den Aufbruch von Menschen – von der christlichen Friedensbotschaft bewegte Menschen vor allem – den aufrechten Gang aus der Unterdrückung und Unfreiheit in ein „freies Menschentum!" zu wagen. Und noch ein anderes hat sich als zutreffend erwiesen: Die „Wählerstatistik" allein genügt offensichtlich nicht, um eine Demokratie zu begründen und die „innere Einheit" zu vollenden. Die auf den zusammengebrochenen SED-Staat aufgesetzte Parteienlandschaft erweist sich nicht als Fundament für jene lebensgestaltenden Werte, die im Sinne von Theodor Heuss die gelebt und erlebte Verfassung unserer Demokratie ausmachen.

Jener *aufrechte Gang* als Ausdruck eines „freien Menschentums" war es, der ungezählte friedliche Demonstranten ausgezeichnet, hat als sie sich Montag für Montag auf Straßen und Plätzen versammelten, um „Freiheit" und alsbald auch „Einheit" zu fordern:

Diese friedlichen Demonstrationen wären überhaupt nicht möglich geworden und sie wären nicht durchgehalten worden, ohne Menschen wie Christian Führer, Joachim Gauck, David Gill, Anetta Kahane, Ulrike Poppe und Jens Reich aber auch viele andere wie z.B. Bärbel Boley, Werner Fischer, Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Ullmann, Konrad Weiss, die wir heute nicht auszeichnen können, derer wir aber dankbar gedenken wollen.

Und sie wären nicht möglich gewesen, ohne die Friedens- und Umweltgruppen, ohne die Kirchentage, die sich im Schutze der Evangelischen Kirche – und dank aufrechter Kirchenführer wie Hempel und Forck, wie Krusche und Manfred Stolpe, wie Heino Falke und Heinrich Radke zusammenfinden konnten.

Wer diese Formen eines „freien Menschentums" miterlebt hat, der kann auch nach der staatlichen Vereinigung nicht einfach zur Tagesordnung des gewohnten (partei)politischen Alltags samt seinem Hick-Hack zurückkehren. Natürlich hat Politik primär die Aufgabe, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen. Das aber erweist sich als der vordergründige Teil der Probleme. – Wir lassen darüber Gespür und Augenmaß für die *menschlichen* Probleme vermissen!

Hierfür zwei Stimmen:

1. Der Münchner Historiker Christian Meier in der FAZ: „... es wird sich bitter rächen, wenn unsere Politik, ja unser ganzes Verhalten weiterhin so arg zu kurz greift, wenn immer erst reagiert wird, wenn es fast zu spät ist: Man sollte vielmehr das Ganze der Vereinigung überdenken ... Zudem finden wir, daß alles bei uns gut und alles bei ihnen schlecht war. Entsprechend darf an unserer Ordnung nichts und muß an ihrer Ordnung alles geändert werden ... 16 Millionen Menschen sind also umzuschulen. Und wir neigen dazu, das primär für ein technisches Problem zu halten. Daß zugleich ihr Stolz, ihr Wunsch, wenn auch unter Veränderungen, sie selbst zu sein, daß ihr Anspruch, von gleich zu gleich behandelt zu werden, kaum berücksichtigt wird, schein uns nicht sehr zu stören ..."

Und eine Bürgerin aus Ost-Berlin schreibt mir dieser Tage:

„... Wahrscheinlich war ich eine Träumerin, als ich dachte: Das wird jetzt in der BRD besser!? Ich erlebe mich weiterhin als ohnmächtige Bürgerin, deren Meinung überhaupt nicht gefragt ist und sehe doch so vieles, war meiner Meinung nach verkehrt läuft. Ich frage mich: Hat Widerspruch Sinn in einer Demokratie – und wo wird er gehört? ... Wo sind die ‚Westler', die echt neugierig suchen, ob's in dem Scherbenhaufen DDR nicht doch ein paar brauchbare Steine gäbe? Aus Armut taten wir manches vernünftiger. Diese Verschwendung im neuen Staat- ... Warum dürfen wir nicht was Neues ausprobieren, sondern müssen *alle* Fehler der BRD nachmachen? Z.B. waren kleinere Kraftwerke geplant, die Kraft und Wärme gekoppelt abgeben sollten, aber der Stromvertrag mit den westlichen Stromkonzernen läßt das nicht zu (s. Greenpeace-Magazin 1990/IV). Oder: Vergleich von Benzin- und Nachverkehrs- oder Reichsbahnpreisen brachte Anreize zum Bahnfahren und hätte ausgebaut werden können. Oder: Warum sollen in der DDR zuerst die Autbahnen gebaut werden, anstatt das Schienennetz primär zu fördern? ... Ich habe Angst, daß das „Europäische Haus" eine Luxusvilla wird mit ein paar ärmlichen Schuppen ringsum – aber um alles herum eine feste Mauer gegen die Armut der Dritten Welt ..."

Dies alles wollen wir bedenken und deshalb haben wir unsere 27. Verleihung – rund um den Jahrestag der ersten und zugleich letzten freien Wahlen in der ehemaligen DDR – ausschließlich unter diese Thematik gestellt und – stellvertretend für andere – Beispiele von Frauen und Männern ausgewählt, die den

AUFRECHTEN GANG IN DIE DEMOKRATIE

gewagt und andere hierzu ermutigt haben.

Den „aufrechten Gang" als Synonym für (Auf-)stehvermögen, für Tapferkeit des Herzens und des Kopfes – als Ausdruck eines „freien Menschentums", als Verpflichtung und als Gütesiegel unserer nun gemeinsam weiterzuentwickelnden Demokratie – eben nicht nur mit Worten, sondern als „lebensgestaltende Werte", als Bürgertugend par Excellence!

Und dies trotz (oder wegen) der grassierenden Enttäuschung, der verflogenen Aufbruchstimmung und der sich zu Mauern auftürmenden Probleme.

Unsere diesjährigen Preisträger sind – stellvertretend für viele andere Bürger in den neuen Bundesländern – hinsichtlich ihrer Fähigkeiten, ihrer Charakterfestigkeit und Glaubwürdigkeit, ihres persönlichen Mutes und Engagements, das sie vor – während und nach der Wende bis heute bewiesen haben, zu einer wirklichen und spürbaren Bereicherung unserer Demokratie geworden. Dafür möchten wir Ihnen heute danken und Sie und andere dazu ermutigen, auch künftig Demokratie und Freiheit als lebensgestaltende Werte verantwortungsbewußt zu praktizieren. Wir brauchen solche Menschen ...

II.

Vorstellung der Preisträger:

1. Pfarrer CHRISTIAN FÜHRER:
war, ist und bleibt protestantischer Pfarrer, der sich zu allen Zeiten der seelischen und geistigen Nöte seiner Mitmenschen annimmt, zuerst und vor allem anläßlich der großen Ausreisewelle des Jahres 1989. Er schuf den Gesprächskreis „HOFFNUNG", er war der „spiritus rector" der Friedensgebete, er hat seine Kirche zu Diskussionen, Begegnungen... geöffnet und alle die hineinströmten – Christen und Nichtchristen – mit der Zuversicht gestärkt, die ihn selber trägt und leitet.
Auch heute noch ist seine Nikolai-Kirche „offen für Alle" – wiederum für die besonders „Mühseligen und Beladenen" dieser Tage – diesmal im Gesprächskreis „Hoffnung für Arbeitslose."

Diese, seine beispielhaft in die Welt wirkende Haltung des Einmischens und des Einmischens zur rechten Zeit versteht er als zeitgemäße Form der Nachfolge Christi.

2. Aus einem anderen, aber auch aus sehr protestantischen Holze ist JOACHIM GAUCK, jener Mann, der sich die schwerste Last aufgebürdet hat, die die SED-Herrschaft hinterlassen hat: Die Stasi-Akten! Ich bin ihm erstmals in den 80er Jahren auf Treffen der beiden Kirchentagspräsidien begegnet und später auf dem Kirchentag in Rostock. Er hat mir damals die trostlosen Wohngegenden seiner Pfarrei gezeigt, – wo er in Waschküchen und Hinterzimmern Jugend- und Konfirmandenarbeit leistete, auch er Seelsorger im wahrsten Wortsinn – immer aber auch ein sehr tatkräftiger politischer Mensch. So war es nur folgerichtig, daß er zu einem Mitbegründer des NEUEN FORUMS in Rostock wurde, die Rostocker Stasi auflöste und seither konsequent an leitender Stelle diese schwerste aller SED-Hinterlassenschaften hütet, sichtet, schrittweise zugänglich macht.
„Durch dieses Erschrecken müssen wir durch!" – so lautet seine tapfere Maxime. Er fürchet die Tendenz des Vergessen- und Verdrängenwollen – bevor die notwendige Aufarbeitung – im Konkreten wie im Geistigen – erfolgt ist.

3. Unser jüngster Preisträger ist DAVID GILL – gerade 25 Jahre jung und gelernter Klempner. Er hat durch seine Entschlossenheit und Besonnenheit entscheidend dazu beigetragen, daß der Sturm auf die Berliner Stasi-Zentrale in der Normannenstraße friedlich verlief. Er schreibt darüber:

Ich schloß mich – eigentlich nur für eine Nachtwache – nach dem Sturm – dem Bürgerkomitee an und wurde nach intensiven Beratungen und Überlegungen deren „Koordinator" und Sprecher. ...wenn wir uns vom Stasi-Trauma befreien wollen, dann müssen endlich die Hauptverantwortlichen vor Gericht, und dann muß unterschieden werden zwischen dem Pförtner und dem, der die Verhöre führte...
Heute arbeitet er in der Dienststelle von Joachim Gauck und begann zuerst Theologie zu studieren, später Jura.

4. ANETTA KAHANE – 35 Jahre jung, Mutter einer 5jährigen Tochter, ist so etwas wie die Schutzheilige der praktisch vogelfreien Berliner Ausländer aus der Dritten Welt geworden. Selber Kind einer in Deutschland im Dritten Reich verfolgten und verfemten Minderheit – setzt sie sich nun für die – vor allem jugendlichen ausländischen – Minderheiten ein, die vom rechtsradikalen Fremdenhass bedroht werden. Den – wie sie es nennt – „täglichen Kampf gegen alltäglichen Rassismus" führte sie anfangs fast ohne ausreichende Mitarbeiter, Kommunikationsmöglichkeiten und Finanzmittel. Aber sie führt ihn zäh, mutig und mit jener Improvisationskunst wie sie nur Frauen zu eigen ist.

5. ULRIKE POPPE ist eine der „altgedientesten" Vorkämpferinnen in der Friedens- und Menschenrechtsbewegung der früheren DDR. Bereits 1982 gründete sie – als die „Dienstverpflichtung" für Frauen eingeführt wurde –

Gruppen „Frauen für den Frieden". Mehrfach wurde sie von der Stasi verhört – 1983 zusammen mit Bärbel Bohley verhaftet. Zusammen mit ihrem Mann gründete sie 1985 die „Initiative Frieden und Menschenrechte", arbeitete in Umweltgruppen mit und setzte sich nach Demonstrationen für Inhaftierte und deren Angehörige ein...
1989 war sie Mitbegründerin und Sprecherin der Bürgerbewegung „DEMOKRATIE JETZT". Auch arbeitet sie mit osteuropäischen Bürgerbewegungen zusammen und kämpft für die Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus. Ich denke, daß sie für all dieses schon fast ein Jahrzehnt lange, ständig mit Gefahren verbundene Engagement mehr als einmal eine THEODOR-HEUSS-MEDAILLE verdient hat!

6. JENS REICH ist kein Theologe, sondern Molekularbiologe – ein hochqualifizierter noch dazu. Als Bürgerrechtler gehörte er zu den mutigsten und engagiertesten in der ersten Reihe. Am runden Tisch – Mitarbeit am Verfassungsentwurf, Volkskammerabgeordneter und kurzes Gastspiel im Bundestag. Heute – nach der Vereinigung – ist er einer der klügsten Insider und Analytiker der Befindlichkeiten in den neuen Bundesländern. Enttäuscht über so manchen Verlust des „aufrechten Ganges" aber sicher nicht verbittert, sagte er schon anfang 1990 in der Evang. Akademie Tutzing:
„Die romantische Phase von dem, was man die deutsche Herbstrevolution nannte, ist vorbei. Die Landschaft, die politische wie die emotionale, hat sich rapid verändert. Neben den schönen, den ergreifenden Tönen sind aufgeregte dazugekommen und auch häßliche... Das kann, glaube ich nicht anders sein, und es wäre eine Illusion gewesen, hätten wir es anders erwartet."

Hier spricht der nüchterne, analysierende Naturwissenschaftler. Aber er verschweigt auch nicht seine Besorgnisse, die viele von uns teilen:
„Meine Befürchtung ist, daß viele der neuen demokratischen Ansätze von einer Walze der Uniformierung, von Gleichmacherei in der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft niedergewalzt werden und ihren eigenen Charakter verlieren... wir sind immerhin über 40 Jahre andere Deutsche gewesen und schon von der Logik her kann nun nicht alles unbesehen eins sein..."

III.

Bevor ich nun unsere Preisträger bitte, Medaillen, Urkunden und Preisgeld entgegenzunehmen, zum Schluß noch meinen Gruß und Dank an alle, die zum Gelingen der 27. Preisverleihung beigetragen haben.

Die THEODOR-HEUSS-STIFTUNG und unser Engagement lebt – wie unsere Demokratie insgesamt – von vielen Freiwilligkeiten. – Sie lebt nicht vom Brot allein, sondern vom beispielhaften und ermutigenden – eben vom „freien Menschentum". Und sie muß in der „Freude des Volkes lebendig sein", so hat es Heuss formuliert, andernfalls „bleibt sie eine Machtgeschichte von Parteienkämpfen, die wohl nötig sind, aber nicht ihren inneren Sinn erfüllen".

Dafür sind unsere Preisträger lebendige Beispiele, dafür wollen wir ihnen danken.

Ansprachen
Manfred Stolpe

Verehrter Herr Bundespräsident, verehrte Frau Bundestagspräsidentin, verehrte Frau Hamm-Brücher, meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere liebe Preisträgerinnen und Preisträger!

Herzlich grüße ich Sie im Schwabenland aus dem neuen Bundesland Brandenburg, das im übrigen ja seit über 800 Jahren ein deutsches Land ist und in dem bekanntlich die Swäben bis zur Völkerwanderung gelebt haben. Wir sind geblieben.

Namens der Ausharrenden ist der THEODOR-HEUSS-STIFTUNG zu danken, daß sie heute diejenigen ehrt, die bleiben und ändern wollten. Im Herbst 1989 begegneten sich für einen historischen Moment der europäische Entspannungsprozeß, die sowjetischen Reformzwänge, die Unflexibilität der SED-Führung, eine umsichtige westdeutsche Außenpolitik und der aufrechte Gang friedlicher Massen in ganz Ostdeutschland – eine einmalige Konstellation, wie wir heute mit Sicherheit wissen. Fast ein Wunder in seinem Ablauf und erst recht in seinen Folgen.

Die genannten Faktoren bewirkten zusammen den friedlichen Umbruch der Verhältnisse in Ostdeutschland. Die Reformzwänge begünstigten die Entspannung. Die Entspannung verhinderte den Waffeneinsatz. Die Starrheit der Führung reizte die Massen. Aber was gab den Vielen den Mut zum aufrechten Gang? Theodor Heuss hat einmal gesagt: „Die äußere Freiheit der Vielen leitet sich ab von der inneren Freiheit des Einzelnen." Der Umbruch in Ostdeutschland hat keine einzelnen Planer oder Führer gehabt, er hatte Vorbilder, Vorbilder der Wahrhaftigkeit und Zivilcourage gegen Lüge und Heuchelei, Frauen und Männer, die den aufrechten Gang vorgingen – vor und nach dem Mauerbau, verhaftet, verprügelt, verdrängt und doch immer wieder neu und immer wieder Neue, gegen den Abbruch der Universitätskirche in Leipzig und des Stadtschlosses in Potsdam, gegen Schwerter und für Flugscharen, für Frieden und Menschenrechte, für die Freiheit der Meinung in Flugblättern und Gesprächskreisen, im Protest gegen widerrechtliche Verhaftungen an der Zionskirche, in der demokratischen Selbsthilfe zur Kontrolle der Kommunalwahlen – immer wieder einzelne, und wenn einer nicht mehr konnte, wuchsen andere nach.

Diese tapferen Frauen und Männer, die vorangingen, kamen aus verschiedenen Berufen, unterschiedlichen Weltanschauungen aus allen ostdeutschen Ländern und hatten doch Gemeinsames. Sie waren trotz der äußeren Zwänge tatsächlich frei. Sie waren unabhängig in ihrer Überzeugung. Sie waren aber auch unabhängig von materiellen Bindungen. Sie waren nicht käuflich. Der Verzicht machte sie frei. Weder mit Karriere, noch mit den begehrten Wohnungen oder gar mit Westreisen waren sie zu ködern. Sie wollten das vernünftigerweise Unmögliche. Sie widersetzten sich dem Anpassungsdruck. Sie haßten faule Kompromisse und verachteten die Geheimdiplomatie. Sie waren ungeduldig und wichen dem Konflikt nicht aus. Besonnene Leute gaben ihnen keine Chance. Und doch waren es diese Einzelnen, diese kleinen Gruppen, ihr dünnes Netzwerk, sie traten die Veränderung los. Mit ihrer inneren Freiheit nahmen sie äußere Freiheiten in Anspruch, die man ihnen verweigerte. Sie verhielten sich freier, als viele äußerlich Freie. Junge Mütter ließen sich weder durch Haft noch Drohung brechen. Männer widerstanden physischem und psychischem Zwang. Sie waren nicht zu beugen. Sie blieben aufrecht. Sie waren ohnmächtig und

doch gefürchtet. Sie wurden isoliert, und die Zahl ihrer Bewunderer nahm zu.
Seit Frühjahr 1989, seit dem Kommunalwahlbetrug, wuchs die Zahl der Menschen, auf die das Vorbild der innerlich Freien bei äußerer Unfreiheit übergriff. Eine kleine Volksbewegung überwachte bereits die Wahl und forderte Konsequenzen aus ihrem Betrug. Eine wachsende Zahl von Menschen forderte die Veränderung der Verhältnisse.

Viele verließen ohne Hoffnung auf Besserung noch das Land. Doch immer mehr wollten bleiben und ändern.
Weggehen konnte doch nicht alles sein. Das Land sollte anders werden. Die Änderungsforderungen der Oppositionellen wurden zu Kanälen der Sehnsucht für die vielen Unzufriedenen. Gegen das Weggehen gab es nur die Vision der besseren DDR. Die Kirchen hatten damit angefangen. Mit den Dokumenten der ökumenischen Versammlung aus der Freiheit des Christenmenschen und dessen Glaubensauftrag in die Welt boten sie ein komplettes Reformprogramm. Eigentlich sollte Honecker dafür gewonnen werden. Doch der reagierte nur wütend und brauchte nach seiner erfolgreichen Bonn-Visite auch keine Rücksicht mehr zu nehmen. Die Gruppen führten die Veränderungen weiter, zumeist unter dem Dach der Kirche – ermutigt, auch angeleitet von einzelnen Kirchenvertretern, und zwei Beherzte haben wir heute unter uns.

Die Gruppen diskutierten und handelten. Sie entwickelten Ideen, und sie starteten Taten. Das Zusammenwirken von Vision und Aktion war im Herbst 1989 ihr Erfolgsrezept. Die Aktionen waren vielfältig, phantasievoll und immer friedlich. Hunderte von Fürbitt-Veranstaltungen mit bis zu 5.000 Teilnehmern in überfüllten Kirchen zugunsten von Verhafteten, häufig von Künstlern unterstützt, drückten den wachsenden Unwillen im Lande aus.

Seit 1987 wurden es ständig mehr und wurde der Protest immer deutlicher. Der Staat duldete es zähneknirschend als innerkirchliche Veranstaltungen, verkennend, welchen hohen Ermutigungswert gerade diese Treffen für viele Menschen bekamen. Unduldsam wurde die Staatsmacht gegenüber Protestaktionen, die auf die Straße wollten. Und doch war es nicht mehr aufzuhalten. Die Ideen sprudelten: alles friedlich, kaum wirkliche Staatsfeindschaft, Kritik und Forderungen auf Reformen, Plakate auf Kirchtürmen, Benefizkonzerte vor Kirchen, Pilgerwege zwischen Kirchen, erste Demonstrationszüge auf die Straße.

Die Berliner versuchten es seit 1988 mehrfach auf die Straße zu gehen und wurden unter dem Regime der Hauptstadt hart zusammengeschlagen. In Leipzig quoll es dann unaufhaltsam seit September 1989 aus der Nikolai-Kirche durch die Straßen. Abends, nach den Fürbitt-Andachten, Kerzen in den Händen, kurze Parolen im Sprechchor: Wir sind das Volk und keine Gewalt – drückten überzeugend den friedlichen Übergang zur Demokratie aus. Die Aktionen wurden zugleich von Visionen bestimmt, von Hoffnungen getragen. Aus Umweltblättern, Grenzfällen, Flugschriften, wurden mehr und mehr Programme. Die seit September neu entstehenden politischen Bewegungen beschrieben ihre Ziele und traten am 4. Oktober 1989 mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit. Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, der Demokratische Aufbruch, die Initiative Frieden und Menschenrechte, die Initiativgruppe Sozialdemokraten, das Neue Forum und die Gruppe Demokratische Sozialisten begrüßen den wachsenden Mut zur Meinungsfreiheit. Sie fordern die Ausübung politischer Rechte gemäß den Menschenrechts-Konventionen sowie den KSZE-Dokumenten. Sie treten für die Freilassung der Inhaftierten ein. Und sie eröffnen eine Diskussion über Mindestbedingungen für eine demokratische Wahl.

Das ist mit der Benennung der freien Wahl das Signal zum Machtwechsel gewesen. In der DDR akkridetierte, engagierte Journalisten setzen die heranwachsende Entwicklung in den

Medien wirksam um. Ihre Berichte über Aktionen und Visionen bestärken die Gewißheit von der notwendigen Veränderung. Der Mut der Masse wächst. Die Bereitschaft zur gewaltsamen Niederwerfung nimmt ab. Mitte Oktober 1989 versucht die Parteiführung selbst die Veränderung. Honecker wird entmachtet. Kurz danach tritt das alte Politbüro zurück. Am 4. November findet eine Demonstration von über 500.000 Menschen in Berlin statt, eine Demonstration, die den Wandel in den Machtverhältnissen aufzeigt. Die alte Macht ist am Ende. Sie bietet auf Vermittlung der Kirche den neuen politischen Kräften, die offenkundig vom Volk gestützt sind, die Partnerschaft am Runden Tisch an. Das ist der Höhepunkt des Umbruchs. Der Runde Tische wird faktisch zum Instrument einer geteilten Macht, eines gleitenden Machtwechsels. Die Neugestaltung der DDR, auch die Abrechnung mit dem bisherigen, stehen auf dem Programm. Die Volkskammer und die Regierung vollziehen nur noch, was der Runde Tisch vorgibt. Er hat die Machtposition der SED gebrochen und ist quasi in die Rolle des Politbüros gewachsen. Der Runde Tisch führt die DDR zur freien Wahl am 18. März 1990.

Während noch am Runden Tisch über die Verbesserung der DDR nachgedacht wird, gehofft wird, daß sich Bundesrepublik und DDR aufeinander zureformieren, werden die DDR-Massen von den Eindrücken des seit Öffnung der Mauer allen zugänglichen Westens erschlagen. Ein Erwartungsstau wird erfüllt und in einem Massenaufbruch entladen. „Wahnsinn" ist das neue Wort. In der Tat überrollt die meisten der neue Eindruck von der sozialen Ungerechtigkeit zwischen Ost- und Westdeutschen und der Notwendigkeit ihrer schnellen Überwindung. Niemand will auf Dauer zweitrangig sein. Nun wollen die Menschen das Unmögliche – so sah es jedenfalls damals aus – die staatliche Einheit. Sie setzen auf die Wahl. Sie erhoffen eine Lösung, den als schreiende Ungerechtigkeit empfundenen Unterschied in den Lebensverhältnissen von Deutschland-Ost zu Deutschland West auszugleichen. Schnelle Entscheidungen sind gefragt. Währungsunion und staatliche Einheit werden von Wählerinnen und Wählern eindeutig gewünscht.

Darauf sind die neuen Parteien und Bürgerbewegungen in der damaligen DDR nicht eingestellt. Sie arbeiten an einer besseren DDR, während die Wählermehrheit ihr Herz bereits an die Bundesrepublik verschenkt hat. Willi Brandt und Helmut Kohl begreifen das. Die Frauen und Männer in der DDR, die den aufrechten Gang vorgingen, blieben sich treu, aber die Bevölkerung ging in der Breite andere Wege. Demokratie Jetzt legte im Dezember 1989 einen 3-Stufen-Plan zur deutschen Einheit vor, an dessen Ende ein Bund deutscher Länder stehen soll. Andere Bewegungen denken ähnlich. Nahezu alle sind für eine staatliche Einheit der Deutschen, doch erst nach einer Reform der DDR, aber auch einer solchen in der Bundesrepublik, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zur deutlichen Dämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Umweltverträglichkeit in Produktion und Konsumption führen sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einheitsweg war ein schneller Weg. Zur Vorbereitung auf die Vereinigung blieb beiden deutschen Staaten wenig Zeit. Drei Jahre Vorbereitung für den Übergang vom Plan zum Markt, für den Übergang von zentralistischer Diktatur zu demokratischer Selbstverwaltung, wäre für vergleichbare Fälle ratsam, sofern man die Zeit dazu hat. Wir hatten sie nicht.

Heute erleben wir, wie die Schocktherapie eine Wirtschaft fast zerstören kann, wie die Kommunen nur sehr mühsam auf die Beine kommen und Menschen dem Wandel psychisch nicht mehr folgen können. Denn der gesellschaftliche Veränderungsprozeß zwingt auch zu erheblichen persönlichen Veränderungen. Eine gewaltige Umlernleistung ist nötig, die für fast alle eine Überforderung ist. Kein Lebensbereich bleibt unberührt, wirklich keiner! Die Grenze der Belastbarkeit ist schon allein durch diese

Kulturwende erreicht. Bisher unbekannte Existenzängste um den Arbeitsplatz und eine erschwingliche Wohnung bedrücken die Menschen. Bei solchen Lasten erscheint neue Anpassung als Lebenshilfe. Die Super-Anpasser von einst sind vielfach auch heute schon wieder ganz weit vorn. Vom alten System bleiben offenbar eher die Überzeugungstäter, als die Karrieristen auf der Strecke.

Doch die Schnellanpassung wird in die Irre führen. Das unverarbeitete Kopieren eines bisher fremden Systems läßt dieses fremdbleiben. Die ehemaligen DDR-Bürger müssen ihre Verhältnisse neu ordnen. Der Systemwechsel ist nicht durch unkritisches Einordnen stabil zu bewältigen. Die gegenwärtigen Enttäuschungen und Ernüchterungen bieten auch die Chance einer wirklichen Nacharbeit. Es darf nicht nur ein strukturelles und personelles Plattmachen Ost werden. Wer im gescheiterten deutschen Staat lebte, ist deshalb noch kein Versager-Typ. Niemand kann von ihm das Wunder erwarten, sofort das neue System zu bewältigen. Aber in drei Jahren kann er es sicher. Die Mehrheit im Osten Deutschlands ist mit ihren Seelen noch nicht im System der Bundesrepublik angekommen. Es wird gelingen, wenn sie sich selbst treu bleiben, nicht verleugnen, daß die alte DDR bei allen Zwängen und Mängeln auch ein System des Lebens war, mit Freude und Lust, mit viel menschlicher Nähe, einer untergründigen Solidarität und einer Demoraktie im kleinen. Man kann, aber man muß es nicht über Bord werfen. Man muß und sollte auch nicht alle ausgefeilten Regelungen der „Wessis" übernehmen. Vieles geht auch einfacher und anders. Das bundesstaatliche System läßt gute Möglichkeiten offen.

Wir „Ossis" müssen uns das neue System selbst erarbeiten. Überstülpen macht blind. Wir können Demokratie als Wahrnehmung der eigenen Angelegenheiten – und bitte nicht nur bei Wahlen – einüben. Wir können kaufmännisch handeln und Marketing begreifen lernen. Wir können die ökologischen Aufgaben und Chancen erkennen. Wir können unsere kulturellen und ökonomischen Möglichkeiten mit Osteuropa nutzen. Und wir können unsere Vorstellungen für das künftige Deutschland einbringen, denn das kann durchaus noch gerechter, demokratischer, umweltfreundlicher und weltoffener werden.

Meine Damen und Herren, bei alledem wird der aufrechte Gang dringend benötigt. Wer sich vor Honecker nicht krümmte, braucht es auch bei neuen Herren nicht zu tun. Die Energie des aufrechten Ganges, das unerschrockene, kompetente und tüchtige Handeln entfaltet die gesunden Möglichkeiten der Menschen allen Verbiegungen zum Trotz. Und wieder braucht es Vorbilder. Es ist zu still geworden um die Frauen und Männer, die das Vorbild zum aufrechten Gang gaben.

Meine Damen und Herren Preisträger, wenn ich Ihnen hiermit herzlich zu dieser hohen Auszeichnung gratuliere, dann möchte ich Sie doch zugleich in die Pflicht nehmen. Die Aufgabe bleibt. Jede Gesellschaftsordnung braucht Menschen, die unangepaßt aufrecht gehen. Mit Ihrem Vorbild können Sie zur Entkrampfung der deutschen Seele Ost beitragen, so wie es ähnlich einmal Golo Mann über Theodor Heuss sagte. Ich danke Ihnen.

Rita Süssmuth

Über den aufrechten Gang in der Demokratie

Die 27. Verleihung des THEODOR-HEUSS-PREISES für „Vorbildliches demokratisches Verhalten, bemerkenswerte Zivilcourage und beispielhaften Einsatz für das Allgemeinwohl" weist im Vergleich zu früheren Jahren einen wesentlichen Unterschied auf. Zwar hat die THEODOR-HEUSS-STIFTUNG neben dem vorbildlichen Wirken einzelner Persönlichkeiten, wie im vergangenen Jahr Hans-Dietrich Genscher, schon häufiger um das Gemeinwohl verdiente Gruppen, Vereine und Initiativen ausgezeichnet. Ich nenne stellvertretend für viele die Aktion Sühnezeichen als ersten Preisträger im Jahre 1965. Das kontinuierliche Wirken der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Aktion Sühnezeichen war übrigens gerade während der kritischen Wochen des Golfkrieges in Israel ein Hort des Zutrauens und Vertrauens in die Deutschen. Daß allerdings eine mit dem THEODOR-HEUSS-PREIS ausgezeichnete Gruppe für Hunderttausende oder gar Millionen von Männern und Frauen steht, ist zweifellos ein Novum, ist sozusagen eine neue Dimension in der Geschichte dieses Preises. Auch dies unterstreicht, daß sich 1989 in Deutschland unübersehbar völlig Neues ereignet hat.

Gerade Theodor Heuss hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die deutsche Geschichte kein Beispiel einer vom Volk ausgehenden, erfolgreichen Revolution kenne. So schrieb er 1952:

„Es ist das geschichtliche Leid der Deutschen, daß die Demokratie von ihnen nicht erkämpft wurde, sondern als letzte, als einzige Möglichkeit der Legitimierung eines Gesamtlebens kam, wenn der Staat in Katastrophen und Kriegen zusammengebrochen war."

Solche Hinweise auf eine fehlende Revolution bilden in der deutschen Geistesgeschichte einen festen Topos. Geht man dieser Traditionslinie nach, zeigt sich immer wieder, daß den Deutschen von vielen der Mut und die Tatkraft zu revolutionärem Handeln abgesprochen worden ist. So hat 150 Jahre vor Theodor Heuss ein anderer berühmter Schwabe, Friedrich Hölderlin, die Deutschen angesichts der französischen Revolution als „gedankenvoll und tatenarm" bezeichnet. Erst vor diesem historischen Hintergrund wird deutlich, was die friedlichen Demonstranten im Herbst 1989 in der DDR erreicht und geleistet haben. Die vielen Hunderttausende in Ostberlin, Leipzig und den anderen Orten der damaligen DDR haben nicht nur ein Unrechts- und Unterdrückungssystem beseitigt, sondern auch die Legende von der politischen Tatenarmut der Deutschen nachdrücklich widerlegt.

Dennoch möchte ich in diesem Zusammenhang den vorhergehenden Hinweis von Herrn Dr. Vogel aufgreifen und betonen, daß es eine Verfälschung der Geschichte wäre, wenn wir nicht auch an jene erinnern, die solche Versuche bereits zuvor unternommen haben und dabei gescheitert sind. Ein solches Denken könnte dazu verführen, nur die Erfolgreichen ins Bewußtsein und in die Darstellung der Geschichte eingehen zu lassen und damit andere zu entmutigen. Dies gilt es besonders zu bedenken im Hinblick darauf, daß viele Oppositionelle in der früheren DDR schon jahrelang halb öffentlich und halb im Verborgenen gewirkt haben. Hätten nicht auch wir die von ihnen ausgesandten Signale schon früher wahrnehmen können? Ministerpräsident Stolpe hat im vorhergehenden darauf hingewiesen, wie sehr das Zusammenwirken der spezifischen politisch-gesellschaftlichen Konstellation im Herbst 1989 ausschlaggebend war für das gemeinsame Handeln der Oppositionellen, für ihr Heraustreten aus dem

gebeugten Gang der Vielen in den aufrechten Gang einiger Weniger, die dann immer mehr wurden und so der Entwicklung eine neue Richtung gaben. Dabei ist allerdings gleichermaßen an jene zu erinnern, die die Entwicklung in der früheren DDR aus Polen, aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, unterstützten. Hieran anzuküpfen ist unverzichtbar, um zukünftig gemeinsam die Demokratie in Europa weiterzuentwikkeln.

Herbst 1989 in der früheren DDR: Die Verbindung von Mut zur Freiheit mit dem Augenmaß des Handelns

Verehrte Preisträger und Preisträgerinnen, zusammen mit hunderttausenden anderer Menschen haben Sie im Herbst '89 und danach die Bereitschaft bewiesen, für Freiheit und Demokratie zu kämpfen, ohne andererseits Augenmaß und moralischen Anspruch zu vernachlässigen. Die Forderung „keine Gewalt" war oberstes Gebot für alle diejenigen, die der Gefahr und der Stasi zum Trotz für Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen sind. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk", mit ihrem persönlichen Einsatz, unter Inkaufnahme von Haft sowie körperlichen und seelischen Schäden sind diese Menschen über Jahre hinweg nicht zu unterdrücken gewesen und haben schließlich die Staatsmacht und ihren Machtapparat hinweggefegt. Der französische Historiker Joseph Rovan hat diesen Vorgang im Vergleich zur französischen Revolution von 1789 zutreffend mit der Formulierung beschrieben, daß im Herbst 1989 von den Menschen in der damaligen DDR eine Bastille von der Größe eines Landes gestürmt worden ist, ohne dabei die Wächter umzubringen. Die friedlichen Demonstranten haben bewiesen, daß die Deutschen im Sinne Hölderlins durchaus gedankenvoll und tatenreich sein können, daß der Mut zum Aufstehen gegen Unterdrückung und Unfreiheit Nachdenklichkeit, Augenmaß und Gewaltverzicht nicht ausschließen müssen. Dieses geleistet zu haben, ist das Verdienst der vielen hunderttausend mutiger Bürgerinnen und Bürger seit den Monaten September, Oktober, November 1989 in der früheren DDR.

Doch gilt es heute ebenso zu fragen: Wird es bei dieser Gewaltlosigkeit bleiben? Gelingt es uns schnell genug, die sozialen Spannungen abzubauen? Manche Worte und Parolen, die in diesen Tagen umgehen, deuten Gefahren an. Wenn wir dieser Gefahr nicht entgegentreten, wäre das Wichtigste in der Demokratie, die Selbstachtung der Menschen auf das Gefährlichste herausgefordert, weil sie sich in ihrer tiefsten Würde verletzt fühlten. Deshalb gilt es keinen Monat, keinen Tag mehr an Zeit zu verlieren, um die in uns gesetzten Hoffnungen nicht zu enttäuschen. Gerade in der Demokratie darf den Menschen Lebenswichtiges nicht vorenthalten werden: Die Gewißheit, daß sie gebraucht werden, daß sie eine Arbeit finden, daß sie in unserem größer gewordenen Staat eine Zukunft haben. Sonst kann gerade auch der aufrechte Gang in der Demokratie nicht gelingen.

Die Chance, Bewährtes mit Neuem zu verbinden

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf eine Aufgabe hinweisen, die für die Preisträger und Preisträgerinnen, aber ebenso für alle diejenigen, für die sie stehen, von besonderer Bedeutung ist: Den Menschen und damit uns selbst die Chance zu geben, Bewährtes weiterzuführen, aber ebenso Neues zu entdecken und zu gestalten. Schließlich ist für viele derjenigen, die wir heute ehren, nach dem 18. März 1990 ein Bruch in der Entwicklung eingetreten. Sie hatten zum Teil andere politische und gesellschaftliche Vorstellungen, die nicht umgesetzt werden konnten. Im Unterschied zu den jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa erlebten sie, daß sie hineinwuchsen in ein bereits bestehendes demokratisches System und, daß vieles von dem übernommen wurde, was sich in dieser Demokratie bereits bewährt hat. Übrigens haben Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei

das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in einem Maß studiert und zum Teil in ihre Verfassung übernommen, wie wir uns dies wohl nicht hätten vorstellen können. Allerdings ist es ein grundlegender Unterschied, sich selbst zu orientieren oder bestehende Strukturen zu übernehmen. Deshalb haben wir in der größer gewordenen Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1991 vieles von dem auszufüllen, aber auch abzuändern, was unter dem Druck rascher Entscheidungsprozesse beschlossen wurde, um den Einigungsprozeß durchzuführen.

Allen, die vor dieser Aufgabe jetzt verzagen, möchte ich entgegenhalten: Wir stehen noch mitten in jener Revolution, die 1989 zunächst äußerlich vollzogen wurde und erst jetzt mit der radikalen Umstellung aller Lebensverhältnisse voll im Gang ist. Ich hoffe, daß wir in den gegenwärtig vorgenommenen Prozessen auch manche im Einigungsvertrag vorgenommenen Entscheidungen mit Blick auf die heutige Situation abzuändern und umzuändern bereit sind. Es gilt sie zu verbinden mit den Chancen für viele, vor Ort ihre Lebensverhältnisse nach ihren eigenen Vorstellungen und Bedingungen zu gestalten, ohne auf die Solidarität des Gemeinwesens verzichten zu müssen. Dies ist nicht die Stunde des Verzagens. Vielmehr gilt es gerade aus den gemachten Erfahrungen heraus zu betonen, daß die Chancen zur Veränderung nie größer sind als unter gesellschaftlichem Druck. Im vorhergehenden wurde die vergangene Entwicklung beschrieben. Eine vergleichbare Situation, die zu unmittelbarem gesellschaftlichen und politischen Handeln herausfordert, besteht auch jetzt. Dazu gehört an erster Stelle, daß wir die noch bestehenden Fremdheiten überwinden und die Menschen so annehmen wie sie sind. Es ist nicht im Sinne des inneren Einigungsprozesses der Deutschen, das Denken und Handeln der Menschen ständig nur an einem bestimmten Demokratie-Modell zu messen. Unsere gemeinsame Sprache sowie das Bewußtsein der gemeinsamen Geschichte und Kultur der Deutschen täuschen allzuhäufig über jene grundlegenden Unterschiede hinweg, die die Lebenswelten der Menschen in beiden deutschen Staaten über vier Jahrzehnte bestimmte.

Gemeinsam mit den Erfahrungen der Unfreiheit und den neuen Freiräumen umgehen lernen

Lassen Sie mich hierzu ein einprägsames Beispiel aus dem Text „angepaßt oder mündig?" von Christa Wolf zitieren. Die Autorin berichtet hier von ihren Erfahrungen bei einer Lesung in einer mecklenburgischen Kleinstadt im Jahre 1990:

„Vor Beginn der abschließenden Diskussion forderte der Diskussionsleiter die Teilnehmer auf, jeder solle jetzt wenigstens offen und ehrlich seine Meinung sagen, sich nicht einschüchtern lassen und nichts gegen sein Gewissen tun. In die Stille nach seinen Worten sagte leise und traurig eine Frau: ‚Das haben wir nicht gelernt.' Zum Weiterreden ermutigt, erzählte die kanpp 40jährige, wie sie von klein auf angehalten wurde, sich anzupassen, nur nicht aus der Reihe zu tanzen, besonders in der Schule stets sorgfältig jene Meinung zu vertreten, die man von ihr erwartete, um sich ein problemloses Fortkommen zu sichern, das ihren Eltern sehr wichtig war. Eine Dauerschizophrenie, so berichtet sie, habe sie als Person ausgehöhlt. Nun, sagte diese Frau, könne sie doch nicht auf einmal offen reden, ihre eigene Meinung sagen. Sie wisse ja nicht einmal genau, was ihre eigene Meinung sei."

Soweit diese Textpassage von Christa Wolf, die uns vor Augen führen kann, daß die eigene Meinung und der aufrechte Gang nicht etwas sind, was man schon immer und für immer besitzt. Vielmehr sind hier sehr mühsame und auch mit Rückfällen verbundene Lernprozesse notwendig. Deshalb sollten wir es jenen auch nicht verübeln, die von der alten Anpassung mitunter noch in die neue Anpassung verfallen. Sie haben bisher nicht die Zeit gehabt zu lernen, eine eigene Meinung haben zu dürfen und ohne jene alltäglichen existenziellen Nöte zu leben, die sie gegenwärtig betreffen. Zugleich ist das Zitat von

Christa Wolf für mich ein Hinweis darauf, wie wichtig es ist, im vereinten Deutschland nach gemeinsamer Orientierung zu suchen. Dabei gilt es unter anderem die Erfahrung des Widerstandes in einer Diktatur einzubringen, aber ebenso die Erinnerung an die gemeinsam durchgeführte Revolution mit friedlichen Mitteln. Ebenso gehört die Erfahrung der Anpassung unter Druck dazu, die von Menschen vorgenommen wird, um existieren zu können. Allerdings wird die Aufarbeitung dieses Teils unserer Geschichte und Gegenwart gegenwärtig überlagert durch die drängenden wirtschaftlichen Probleme und Fragen. In diesem Kontext gilt es auch zu erinnern an den Neuanfang in der alten Bundesrepublik Deutschland in den Jahren nach 1945, insbesondere an die Frage, wann wir eigentlich begonnen haben mit der Auseinandersetzung mit dem Vergangenen. In diesem Sinne haben wir auch viel zu lernen von Menschen, die – wie Pfarrer Schorlemer es formulierte – selbst erst kürzlich durch eine Geschichte der Selbstläuterung gegangen sind.

Diese Auseinandersetzung muß gemeinsam geleistet und gemeinsam nach Orientierung gesucht werden. Immer wieder erklären betroffene Menschen, daß wir uns hineindenken müssen in die Tatsache, daß sie sich selbst verleugnen, anpassen, unterordnen mußten, daß ihnen keine Wahl blieb, als vieles zu verdrängen und auszublenden. Dies hing ursächlich damit zusammen, daß das Individuelle sich im Kollektiv aufgeben sollte, daß das Subjekt bzw. Individuum gegenüber der Allgewalt einer Partei oder einer sogenannten „wissenschaftlichen Objektivität" überhaupt nicht gefragt war. Viele Menschen haben sich schließlich auch angepaßt, um möglichst unbeeinträchtigt über die Runden zu kommen. Die Losung lautete oft: „Du darfst nicht sein und werden, wer du bist, sondern du mußt das werden, was wir von dir erwarten." Die neue Hoffnung richtet sich nun darauf, endlich eigenständige Person, Individuum werden und sein zu dürfen. Aber auch hier gilt es, die Parallele zu unseren eigenen Erfahrungen in der alten Bundesrepublik Deutschland zu ziehen. Inwieweit haben wir diesen Anspruch selbst eingelöst, und wie können wir ihm in der größer gewordenen Bundesrepublik Deutschland noch mehr gerecht werden?

Schwierigkeiten beim verantwortlichen politischen Handeln in der Demokratie

Lassen Sie mich abschließend anhand einiger Beispiele aufzeigen, wo Gefahren der weiteren Entwicklung liegen können. Die Demokratie ist bestimmt vom Willen des Volkes, hängt entscheidend ab von seiner Beteiligung. Die Menschen äußern ihre Meinung allerdings oft nur in Wahlen, in denen sie zustimmen oder ablehnen. Allerdings ist gegenwärtig zu registrieren, daß sich in unserer Demokratie manches verändert hat. Wenn gefragt wird, „Was ist der aufrechte Gang in unserer Demokratie?", dann ist festzustellen, daß die Menschen diesen aufrechten Gang immer seltener gehen. Vielmehr scheint die Demokratie in den Augen vieler zunehmend die Aufgabe zu erhalten, für das Wohlergehen der Menschen sorgen zu müssen. Dies ist unvereinbar mit dem Gedanken des aufrechten Ganges des einzelnen Bürgers und der einzelnen Bürgerin. Im Grunde stellt eine solche einseitige Auffassung eine Umkehrung dessen dar, was Demokratie eigentlich meint.

Ein zweiter Aspekt: Als im demokratischen Staat das Volk bzw. die Massen wichtig wurden, wurden auch die Massenmedien erfunden. Fakten gibt es oft nur wenige, aber die Verbreitungsgeschwindigkeit von Meinungen über vermeintliche Fakten ist enorm. Kaum können wir sie heute noch angemessen verarbeiten. Zum aufrechten Gang in der Demoraktie gehört jedoch unverzichtbar die Vorsicht vor schnellen Meinungsäußerungen. Zwar glauben viele, eine eigene Meinung zu besitzen, sehr häufig handelt es sich dabei jedoch nur um die Übernahme von Klischees. Wer in der Demokratie bestehen will, muß vor dem Volk bestehen können. Wer allerdings aufrecht gehen will, wird auch oft alleine sein, ein Ärgernis darstellen, weil er sich gängigen Klischees und Meinungen nicht vorschnell beugt.

Drittens besteht in der Demokratie die Gefahr, daß alle politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen daran gemessen werden, ob sie dem einzelnen umgehend nutzen. Längerfristige bzw. komplexere Zusammenhänge interessieren die Menschen weniger. Die Unberechenbarkeit politischer Prozesse, das Unsichere von Abläufen und Vorgängen, die nichtabsehbaren Risiken von Entscheidungen sind nur schwer zu vermitteln. Der aufrecht Gehende muß allerdings verdeutlichen, daß er mitunter auch handeln muß, ohne alles zu wissen und ohne beanspruchen zu können, alles unter Kontrolle zu haben. Er muß zeigen, daß er nicht selten als Suchender handelt und sehr viel weniger als Wissender. Der aufrecht Gehende orientiert sich in diesem Sinne eben nicht nur am Augenblick, er muß gleichermaßen an die Zukunft denken und mit Blick auf sie handeln.

Viertens gibt die Demokratie den Menschen nicht nur die Freiheit des Denkens, der Rede und des Handelns, sondern auch die Zeit dazu. Diese Zeit gilt es nicht nur für die eigenen Befürfnisse und Ansprüche zu nutzen, sondern um ebenso auch Eigenes ins Gemeinwesen einzubringen. Dies ist oft mit sehr viel Zeit verbunden, die gerade mit Blick auf den Prozeß des Zusammenwachsens der Menschen in Deutschland unverzichtbar scheint. Dabei ist auch wichtig, Minderheiten nicht zu unterschätzen, denn im Herbst '89 zeigte sich sehr deutlich, wie schnell aus der Minderheit der Oppositionellen in der früheren DDR eine Mehrheit werden konnte.

Der aufrechte Gang – Chance und Verpflichtung zur Weiterentwicklung der Demokratie

Wenn wir schließlich fragen, welches die zentralen Merkmale des aufrechten Ganges in der Demokratie sind, so scheint mir folgender Aspekt besonders wichtig zu sein. Der aufrechte Gang ist in der Demokratie vor allen Dingen der Gang gegen das bequeme Leben. Er ist die Gangart derjenigen, die Widerstand wagen, derjenigen, die sich von Gewohnheiten und Zwängen nicht überwältigen lassen, die sich von der Auseinandersetzung mit den schwierigen Existenz- und Sinnfragen sowie den Anforderungen der Gemeinschaft nicht ablenken lassen und durch nichts käuflich sind. Allerdings kann auch eine Gefahr darin bestehen, einseitig den Blick auf die positiven Aspekte des aufrechten Ganges zu richten. Der aufrechte Gang ist nicht in jedem Fall und um jeden Preis sinnvoll. Sich nicht mehr biegen zu können, um jeden Preis unbeugsam zu bleiben, kann die Menschen auch erstarren lassen, kann unfähig machen zu Kompromissen, die gerade in der Demokratie unverzichtbar sind. So müssen mehrheitlich getroffene Entscheidungen akzeptiert werden können, auch wenn man der Überzeugung ist, daß diese Entscheidungen falsch sind. Es ist die spezifische Chance der Demokratie, eine Revidierung der getroffenen Entscheidung zu einem späteren Zeitpunkt anstreben zu können.

In diesem Sinne wünsche ich den Preisträgern und allen Bürgerinnen und Bürgern der größer gewordenen Bundesrepublik Deutschland, daß uns die Aufgabe der Weiterentwicklung der Demokratie in den kommenden Monaten und Jahren gelingen möge. Vergessen wir nicht, wie aufmerksam sich die Blicke unserer Nachbarn, insbesondere in Osteuropa, auf uns richten und wie oft gefragt wird, ob das große Werk der deutschen Einigung gelingen wird. Die deutsche Einheit aber ist die Voraussetzung für ein demokratisches Europa, in dem die Menschen keine Grenzen mehr wollen, seien diese politischer, sozialer oder ökonomischer Natur. Wenn wir dies im Blick behalten, wird deutlich, daß wir in ganz Europa vor einer großen gemeinsamen Aufgabe stehen, die bemerkenswerte Zukunftsperspektiven aufweist.

Gespräch am „Runden Tisch“ mit den Preisträgern

Moderation Claus-Jürgen Roepke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich empfinde eine tiefe Bewunderung für Sie alle. Zwei Stunden in gekrümmter Haltung über den aufrechten Gang zu meditieren, ist hart.

Nun sind wir – nicht protokollarisch, aber inhaltlich – bei den Hauptpersonen, den Medaillenträgerinnen und Medaillenträgern dieses Jahres. Und sie möchten sich Ihnen in diesem Gedankenaustausch zum Abschluß des Vormittags ein wenig präsentieren. Erfahrungen und Einsichten aus der Wende möchten sie diskutieren. Dabei geht es um die Frage, wie der aufrechte Gang der 89er nun fortgeschrieben werden kann für unsere gemeinsame Demokratie, um deren Stabilisierung und Verbesserung es geht. Das ganze hat begonnen mit dem „Runden Tisch“. Wir sitzen aber jetzt wieder an einem Podium. Darüber ließe sich auch meditieren: Ein Podium mit seiner klaren Ordnung von rechts und links und oben und unten signalisiert eine bestimmte Form von Demokratie. Ein „Runder Tisch“ signalisiert mutmaßlich ein anderes Demokratie-Verständnis.

Darüber sollten wir nun miteinander sprechen. Ein kurzer Rückblick über die Erfahrungen an den verschiedenen „Runden Tischen“: Frau Kahane saß an einem solchen, Herr Reich, Frau Poppe natürlich. Was ist aus dieser Erfahrung erhaltenswert für unsere Demokratie?

Jens Reich

Vor allen Dingen darf aus dem „aufrechten Gang“ nicht der „aufrechte Hexenschuß“ werden. Ich will damit sagen: Wir müssen aufpassen, wenn wir von einem so festlichen, freundlichen Publikum geehrt werden außerhalb der Stätte des damaligen Wirkens. Wir müssen aufpassen, alle wir Ausgezeichneten und all die anderen, die auch ausgezeichnet werden müßten, daß wir nicht zu historischen Nippes-Figuren werden, die von Zeit zu Zeit geehrt werden. Wir dürfen die Probleme, die jetzt in unserer Gesellschaft bestehen, nicht vergessen, wir müssen da dran bleiben.

Es ist heute schon gesagt worden: Der Sprung in die Einheit ist nicht zu schnell gegangen, aber er ist zu kurz gegangen, und zwar in ganz Deutschland. Wir alle haben es zu billig haben wollen in mehrfachem Sinne. Ich denke, dieser Sprung muß nochmals gemacht werden, und zwar mit mehr Großzügigkeit und mehr Konzept und auf beiden Seiten und mit Einsicht, daß es aus der Klingelgeld-Hosentasche nicht zu schaffen ist, finanziell nicht, wirtschaftlich nicht, geistig auch nicht. Es darf hier also kein Klassentreffen für eine Abiturveranstaltung von vor zwei Jahren stattfinden, sondern hier muß jetzt in Gang gesetzt werden, was in den nächsten zwei, drei Jahren von uns allen zu leisten ist.

Ulrike Poppe:

Ich habe den Eindruck, die „Runden Tische“ werden manchmal ein bißchen mystifiziert. Sie waren Ausdruck einer kurzen Phase einer Art „Graswurzel“-Demokratie, Ausdruck einer sehr hoffnungsvollen Phase, die ihr vorläufiges Ende fand mit den freien Wahlen. Aber nichtsdestotrotz bleibt doch, daß die parlamentarische Demokratie ergänzungsbedürftig ist durch direktes Bürgermitwirken. Und da, meine ich, könnten die „Runden Tische“ weiterhin ein Modell hergeben, nicht in der Kompetenz von damals, aber dennoch als eine Möglichkeit, wo sich Interessenvertreter und Interessenvertrete-

innen an einem Tisch setzen, um gemeinsam in speziellen Fragen, vielleicht besonders im kommunal-politischen Bereich, zu einem ausgehandelten Ergebnis zu kommen. Ich würde mir wünschen, daß in den kleinen Städten und Kommunen dieses Modell fortlebt und man damit ein bißchen Entscheidungskompetenz von oben abbaut zugunsten direkten Bürgerengagements.

Claus-Jürgen Roepke

Darf ich mal nachfragen, Frau Poppe? Ist das gesagt im Blick auf die Diskussion über eine Veränderung unserer Verfassung? Würden Sie sich da gewisse neue Elemente wünschen?

Ulrike Poppe:

Ich würde mir wünschen, daß die Verfassungsdiskussion noch mehr in Gang kommt als bisher. Ich habe mich gefreut, daß Herr Vogel sich in seiner Rede auch für eine neue Verfassung eingesetzt hat, die von uns Ostdeutschen mitbestimmt werden soll. Und ich meine, daß der Verfassungsentwurf des „Runden Tisches" schon vieles aufzeigt, was am Grundgesetz veränderungs-, ergänzungs-, verbesserungswürdig ist. Das betrifft u.a. natürlich auch die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinitiativen.

Anetta Kahane

Es wäre ganz wichtig, daß es zwischen den Deutschen in Ost und West so etwas gäbe wie eine solche Institution. Ich habe gelernt, am „Runden Tisch" - für mich sehr erstaunlich damals in der Zeit – wie man sich gegenseitig zuhört und mit Toleranz aufeinander eingeht. Ich denke, das ist etwas, was wir miteinander lernen müssen und nicht nur untereinander.

Claus-Jürgen Roepke

Die Wende, und von der wir jetzt sprechen, ist ja vor allem auch ein Werk der jungen Generation gewesen. Nun haben Sie, lieber David Gill, einen interessanten Lebensweg hinter sich: Vom Klempner und Theologiestudenten über den Koordinator eines Bürgerkomitees sind Sie jetzt Referatsleiter einer Bundesbehörde; und das Ganze soll dann im Jurastudium enden. Könnten Sie das ein bißchen erläutern? Ist dieser Weg reiner Zufall oder ist er doch, auch in gewisser Weise ein Symptom dieser Zeit?

David Gill:

Rein zufällig war die Entscheidung, in die Normannenstraße zu gehen und eine Nacht Wache zu schieben. Und dann ergaben sich als Folge das Bürgerkomitee, der Sonderausschuß der Volkskammer und nun, die Mitarbeit beim Sonderbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.
Natürlich ist das etwas verwunderlich, mit 25 Jahren Referatsleiter zu sein. Aber Frau Süßmuth zitierte vorhin eine Studentin aus der DDR, bei der das ähnlich war. Ich habe das große Glück gehabt, in der Kirche aufzuwachsen und Freiräume zu erleben, auch Freiräume z.B. in einer kirchlichen Schule. Und ich denke, daß das auch viel bewirkt hat für die jetzige Tätigkeit und auch für meine Entscheidung, nun Jura zu studieren.

Claus-Jürgen Roepke:

Herr Führer, es ist in den Ansprachen des heutigen Morgens viel davon die Rede gewesen, welche Rolle die Kirchen als Institution und die Kirchen als Gebäude in diesen Jahren gespielt haben. Ich will Sie nun nicht zum wiederholten Mal fragen, wie Sie das beurteilen. Aber vielleicht können Sie doch ganz konkret aus Ihren Erfahrungen berichten. Die Friedensgebete in der Nikolai-Kirche in Leipzig gehen ja weiter. Hat sich da eigentlich etwas geändert? Und was ist Ihnen damals wichtig geworden, so wichtig, daß Sie meinen, daß das grundsätzlich festgehalten werden müßte, für die Kirche, für die Gesellschaft, auch in dem neuen Deutschland?

Christian Führer:

Die Kirche ist in der ehemaligen DDR quadratmetermäßig und geistig der einzige Freiraum gewesen, der den Menschen offengestanden hat. Und so sind die Kirchen, sofern sie offen waren, tatsächlich auch zu einem Haus der Hoffnung geworden für die Ideologie-Versehrten, für die Menschen, die mit ihrem Haß und ihrer Wut, ihrer Ohnmacht und Verzweiflung

weder ein noch aus wußten. Wir haben im Grunde nur eines getan: Wir haben die Kirche aufgemacht und uns nicht dazu zwingen lassen, abzugrenzen, abzuriegeln, zu unterscheiden zwischen denen „draußen" und denen „drinnen", zwischen Christen und Nichtchristen, zwischen Seelen und Bürgern, sondern wir haben versucht, die Menschen in ihren gesellschaftlich-politischen Bezügen ganzheitlich zu sehen und uns ihnen in ihren äußeren oder inneren Schwierigkeiten zuzuwenden. Im Moment sehe ich mit besonderer Betroffenheit die Enttäuschung der Leute, die am 18. März vor einem Jahr gewählt und mit großer Euphorie die deutsche Einheit anvisiert haben. Wir haben das von Anfang an nüchterner gesehen. Ich denke, einer der Gründe für diese Enttäuschung liegt darin, daß wir uns hüben und drüben nicht wirklich gekannt haben. Die BRD wußte nicht, wie „sozialistisch" die DDR war, und die DDR erfährt es jetzt erst, wie „kapitalistisch" der Westen ist. Und wir haben uns nur besuchsweise als Deutsche gekannt, gewissermaßen unter Druck und Euphorie, unter den besonderen Gegebenheiten einer unter unglaublichen Schwierigkeiten ermöglichten Reise. Das sind natürlich besondere Punkte des Erlebens. Aber nun sehen wir uns ins alltägliche Angesicht. Und da sieht es mit einem Mal ganz anders aus. Wir brauchen die „Jesus-Mentalität": miteinander teilen, aufeinander hören, einander annehmen, so wie wir sind. Dann kann etwas besseres, etwas wirklich gemeinsames entstehen. Ich glaube, das ist jetzt dran. Das wäre der zweite Teil der sanften Revolution.

Claus-Jürgen Roepke:

Auch bei Ihnen, Herr Führer, erlaube ich mir eine kurze Rückfrage. Wir dürfen ja jetzt offen miteinander reden. Es entsteht der Eindruck bei uns, daß sich die evangelische Kirche in der ehemaligen DDR schwertut – schwerer, als wir alle vermutet haben – im Umgang mit dem neuen, demokratischen Staat und seinem Machtmonopol. Stoßen hier die Parole „keine Gewalt", die aus der Bergpredigt stammt und in der DDR-Revolution eine ganz gewichtige Rolle gespielt hat und das was wir das legitime Machtmonopol des Staates nennen, zusammen?

Christian Führer:

Das sind Probleme, ob sie diskutiert werden oder nicht. Ich denke, eine große Gefahr, die jetzt auf uns zukommt als Kirche ist, daß wir durch Privilegien in eine andere Position versetzt werden. Für mich ist Zeichen einer lebendigen Kirche, daß sie nicht selber zum Machtapparat werden darf und daß sie sich nicht auf staatliche oder sonstige Privilegien als Krücken stützt, sondern so wie wir es erlebt und versucht haben, daß wir uns eigentlich nur auf den gekreuzigten und auferstandenen Christus gründen können. Davon leben wir. Eine Kirche würde sich verändern, wenn sie nicht mehr bei den Erniedrigten und Beleidigten, nicht mehr bei den Mühseligen und Beladenen, nicht mehr bei den Getretenen lebt, sondern auf einer anderen Seite, und wenn sie an der Macht partizipiert. Dann ist sie, glaube ich, nicht mehr Kirche. Dann ist sie nicht mehr das kritische Gegenüber, das sie sein muß, das prophetische Element.

Meines Erachtens gehört dazu auch die Freiwilligkeit. Wir haben sehr profitiert davon, daß alles, was wir taten bis hin zur Kirchensteuer, freiwillig war. Und daß wir da eine große Anziehungskraft in unseren Jugendgruppen hatten, daß die Menschen zu uns kamen. Diese Dinge, denke ich, müssen wir als Erfahrung der letzten 40 Jahre, die wir notgedrungen gemacht haben, mit einbringen.

Claus-Jürgen Roepke:

Eine besondere Erfahrung, die im Augenblick aufgearbeitet werden muß – es wurde schon verschiedentlich angesprochen – liegt im Arbeitsbereich von Herrn Gauck. Es taucht ja immer wieder die Frage auf, Herr Gauck, ob man nicht irgendwann mal einen Schlußstrich ziehen müßte in der Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit. Das kann manchmal auch frömmer klingen. Bischöfe sprechen da nicht von Schlußstrichen, sondern von der christlichen Tugend

der Vergebungsbereitschaft. Wie man das auch immer formuliert, wie sehen Sie diesen Teil der schweren Arbeit, in der Sie stehen? Und ich darf gleich noch meine Zusatzfrage anfügen. Was erwarten Sie eigentlich von uns „Wessis"? Was könnte da unser Part sein? Es gibt skrupellose Leute bei uns, die sagen: Sollen die doch mit ihrer Vergangenheit selber fertig werden. Und es gibt sensible Zeitgenossen, die sind ratlos und wissen nicht recht, wie sie sich da verhalten sollen.

Joachim Gauck:

Ich würde auch gerne einen Schlußstrich ziehen. Das ist ein gutes Thema. Bloß, da muß man erst mal angefangen haben, richtig aufzuarbeiten. Dann kann man irgendwann über den Schlußstrich sprechen. Doch ich habe keine Lust, jetzt gleich zum Thema „Stasi" zu sprechen, weil ich das eh soviel machen muß. Ich komme gleich darauf zurück. Aber ich muß unbedingt noch etwas zum Thema „Kirche" sagen. Es gefällt mir nämlich nicht, daß Christian Führer evtl. mißverstanden werden könnte. Wenn er jetzt sagt, wir brauchen diese prophetische Kraft der Kirche, diese Nähe zu den Erniedrigten und Beleidigten. Natürlich gleichwohl sind wir ja Kirche, auch als Organisation. Und nun stellen Sie sich einmal eine Organisation von lauter Propheten vor, wo auch die Oberkirchenräte, die das Recht zu gestalten haben, noch von dieser Tugend in reichlicher Menge hätten. Also da wird irgendwas dann auch nicht mehr einzupassen sein. Und ich denke, daß es falsch wäre, sich ausschließlich rückwärts gewendet, früher Tugenden zu erinnern und gleichzeitig die Chancen einer Einpassung in ein funktionierendes System des Rechtes nicht zu erkennen. Es ist eines der großen Probleme gewesen, daß wir die Diskussion und die Kommunikation innerhalb der funktionierenden Kirchen, oftmals auch zu Hause, in früheren Jahren nicht geschafft haben. es war oftmals nicht möglich, daß von der Etage der Bischöfe her eine Gruppe, die vom Rande her Krisen des Systems deutlich artikulierte, ernstgenommen wurde. Und umgekehrt war es oft so, daß diese Gruppen von ihrer Betroffenheit und Isoliertheit her die Aufgabe der Kirchenleitung, den Raum des verantwortbaren Kompromisses zu gestalten und den Dialog auch mit dem noch so häßlichen Machthaber des Kommunismus zu suchen, nicht sehen wollten.

Beides waren elementare Aufgaben unterschiedlicher Ebenen in der Kirche. Ich möchte, daß wir das sehen und so einander gerecht werden. Und darum glaube ich, daß wir auch bei dem Ja zur deutschen Einheit, das für die evangelische Kirche ein Ja bedeuten muß in der EKD zu Hause anzukommen, nicht nur ewig die Probleme sehen, sondern in klarer Erkenntnis der Kraft und der Tränen sehen, was der Rechtsstaat und seine Struktur heute als Möglichkeit anbieten. Ich sehe sehr wohl die Chance des Scheiterns dabei. Aber ich sehe auch die Ermutigung. Letztlich glaube ich nicht, daß wir uns uneinig sind.

Trotzdem: Die Sorgen, die Nöte, die Depressionen, die Enttäuschungen, die da sind, müssen laut gemacht werden. Da können wir nicht mit Wohlverhalten darüber wegsehen. Wir haben jahrzehntelange Erfahrungen, wie das ist, wenn Nöte und Ängste nicht ausgesprochen werden, und wir dürfen damit nicht wieder anfangen. Es ist also auch unsere Aufgabe, deutlich zu sagen, wie unwohl die Leute sich fühlen; auch dann, wenn sie den Zustand, wie er jetzt ist, gewollt haben. Wir haben die Einheit gewählt. Wir haben sie dreimal gewählt. Dreimal hat der Hahn gekräht, kann man fast mit der Bibel sagen. Wir wollten es und wußten es. Aber wir müssen jetzt auch mit den Folgen in offener Form fertig werden. So wie wir damals Glasnost angemahnt haben, so brauchen wir Glasnost auch jetzt.

Doch jetzt nochmal zu dem Thema „Stasi und Schlußstrich". Schlußstrich dann, wenn so etwas wie ein innerer Friede möglich wird. Und wie gestalten wir inneren Frieden? Gestalten wir ihn dadurch, daß – so wie früher – gekrönte, beauftragte Häupter von nennenswerten Etagen her, verkünden, es sei jetzt die Ära der

Friedfertigkeit und der Vergebungsbereitschaft angebrochen? Gerade bei dem letzten Wort sollten wir nach den Erfahrungen der Nachkriegszeit bei der Aufarbeitung von Vergangenheit überlegen: Wer soll zuerst von Vergebung reden? Wem darf das gestattet sein? Und da werden diejenigen kommen, die zuerst gelitten haben und jetzt bereit sind, aus dem Leiden heraus, wenn es dann verarbeitet ist, zu sagen: Ich möchte aber dem und dem vergeben. Und es werden die kommen – und sie werden kommen – die sagen: Ich habe aber bisher etwas falsches getan, und das tut mir eigentlich leid. Oder die zu erkennen geben, daß sie jetzt wirklich in der Produktion sein wollen – „Stasi in die Produktion", haben wir ja gerufen mal, mancher hat's begriffen, viele nicht. Und wenn er dann kommt und sagt: Ich will jetzt wirklich einen neuen Weg. Dann ist Vergebung möglich. Wie kann das geschehen? Wir werden bald ein neues Gesetz haben, das die Nutzung der Stasi-Akten regelt. Die ersten Entwürfe liegen vor. Ich denke, wenn wir sorgenvoll danach trachten, jetzt schon zuzumachen und uns nicht umzuschauen, dann fördern wir den Frieden nicht. Das, was uns Mühe macht, muß nicht das sein, was schädlich ist. Und wenn Sie, Herr Bundespräsident, vor einigen Jahren in ihrer berühmten Rede anläßlich des Gedenkens des 8. Mai von den „Chancen der Erinnerung" gesprochen haben, dann heißt diese Fähigkeit sich zu erinnern, für unser Problem jetzt, daß wir die Kraft entwikkeln müssen, uns umzuschauen und dabei nicht nur irgendetwas heldenhaftes, sondern auch das, was uns als Verführte und auch als Täter qualifiziert, anzuschauen.

Wenn der Bürger erfährt, was um ihn herum geschehen ist und wer um ihn herum verantwortlich war für Spitzelei, Denunziation und Unterdrückung, wird der einzelne entscheiden sollen, wem er vergeben will und wen er anklagen will. Ich denke, der Bürger soll es entscheiden. Und er soll einen Staat haben, der ihm als Partner das Recht gibt zu autonomer Entscheidung. Ein solcher Bürger wird zu innerem Frieden kommen nach einer Zeit der Krise, zum Frieden mit den Mitmenschen und auch zum Friedensschluß mit seinem Staat.

Claus-Jürgen Roepke:

Meine Nachfrage: Was erwarten Sie von uns Westdeutschen in diesem Prozeß?

Joachim Gauck:

Ich möchte mal an eine Fähigkeit der Kirche aus den Tagen der Vergangenheit erinnern. Bevor man zu Themen und Thesen kam, mußte man die Kunst der Wahrnehmung lernen. Man mußte genau hinschauen und hinhören. Was belastet denn die Menschen, die um mich herum leben? Und wenn man das tat, fand man Antworten, die richtiger waren. Ich würde die Westdeutschen jetzt um verständnisvolle Geduld und um Zurückhaltung bitten. Es gibt soviele Gebiete, auf denen wir „Ossis" die Lernenden sind; nicht nur die high-tech-Gebiete, wo wir Entwicklungsland sind. Wir sind auch ein Entwicklungsland, was das Recht betrifft. Aber, wenn man nun auf diesem Gebiet, unserer allerureigensten Entfremdung, anfangen würde, uns zu sagen: „So ist das doch zu machen, und so muß es sein! Von unserer Vorstellung her müßtet ihr das so tun". Dann würden wir hier einer Voreiligkeit erliegen, die uns schon bei manch' anderen Teilen des Zusammenwachsens Schaden zugefügt hat. Wir brauchen Ihre Zurückhaltung.

Anetta Kahane:

Ich habe manchmal den Eindruck, daß die Bürger im Ostteil Deutschlands so eingeschätzt werden: Die große Mehrheit hat sich angepaßt, hat mitgemacht, ist in Schuld verstrickt, und ein paar herausgehobene Oppositionelle, die man nun ehrt, standen auf der anderen Seite. Aber so war es nicht, sondern es gab eine große Anzahl von Menschen, die zu irgendeinem Zeitpunkt in ihrer Biographie einmal „Nein" gesagt haben und sich verweigert haben und damit zum Teil erhebliche Konsequenzen auf sich gezogen haben, was z.B. ihre berufliche Weiterentwicklung betraf oder irgendwelche Westreisen oder was auch immer.

Diesen kleinen, alltäglichen Widerstand, der jetzt so unterzugehen scheint, weil es darüber auch kaum Analysen gibt, weil diese Menschen so im Unbekanntsein verschwinden, den sollten wir nicht vergessen. Ich möchte gerne, daß das mit im Blick ist bei allen Beurteilungen unserer Vergangenheit.

Christian Führer:

Es gibt aus dem Jahr 1978 ein bekannt gewordenes Wort aus der ehemaligen DDR. Das möchte ich abwandeln. „Die deutsche Einheit ist nur so gut, wie sie der einzelne vor Ort erfährt." Angesichts der eminent ansteigenden Arbeitslosigkeit können Sie sich die Wertschätzung der deutschen Einheit in der ehemaligen DDR unschwer vorstellen. Und andererseits muß ich sagen: Hüten wir uns vor der Illusion, daß alles mit Geld zu machen wäre. Die Gesellschaft, die in 40 Jahren – oder sollte ich vielleicht lieber sagen 57 Jahre? – auf dem Territorium der ehemaligen DDR gelebt hat, die Menschen, die dort gewohnt und gearbeitet haben, die sind tatsächlich versehrt, in einer Weise, die nicht mit Geld zu heilen ist. Und wir möchten nun nicht nach den beiden totalitären Weltanschauungs-Staaten, nach diesen beiden Ersatz-Religionen, eine andere Religion einführen. Also ich möchte das so sagen: Nach 40 Jahren des theoretischen Materialismus, möchten wir nun nicht die Jahrzehnte des praktischen Materialismus erleben. Ich glaube schon, daß ich als Theologe sagen kann oder zumindest langsam begreife, was für einen Wert das Geld hat. Aber ich glaube, daß das erste Gebot mächtig berührt ist, wenn ich sehe, welchen Stellenwert das Geld jetzt auch bei uns gewinnt.

Claus-Jürgen Roepke:

Herr Führer, Sie haben jetzt schon ein ganzes Bündel von sozialen Problemen angesprochen. Eines davon ist die Frage, mit der sich Frau Kahane besonders in Berlin beschäftigt, ich meine die Situation der Ausländer. Ich war etwas überrascht, daß Sie, liebe Frau Kahane, einmal von dem „tagtäglichen Rassismus" in Berlin-Ost gesprochen haben. Wir gehen ja in unserem neuen Deutschland auf eine multikulturelle Gesellschaft zu. Oder sehen Sie die Situation in der ehemaligen DDR ganz anders?

Anetta Kahane:

In gewisser Weise schon, und zwar bezugnehmend auf Ihre Rede, Frau Süssmuth. Sie hatten gesprochen vom Druck und vom Gegendruck, der bei uns in der Nachkriegszeit eine große Rolle gespielt hat und die Vergangenheitsbewältigung nicht hat gelingen lassen. Wir müssen ganz toll aufpassen, daß jetzt nicht so etwas ähnliches passiert. Wir dürfen also nicht wieder einen Gegendruck gegen etwas setzen, was aufbricht, damit es sich souverän zu entwickeln lernt. Also das ist eine sehr, sehr komplizierte Situation, die da bei uns entstanden ist, das Problem der Ausländerfeindlichkeit und des Rassismus und der Fremdenangst im allgemeinen. Wir sind so stolz darauf, daß die Revolution friedlich war und daß es keine Toten gegeben hat und fast keine Gewalt. Aber diese Gewaltlosigkeit hatte ihren Preis. Viel von dem Druck, der jetzt sozusagen in den Menschen drinsteckt, kommt von der Rücksichtslosigkeit, die die Menschen erfahren haben.
Also wir erleben zur Zeit sehr viel Gewalt, und ich sehe das durchaus im Zusammenhang mit den Ereignissen des letzten Jahres. Das ist eine Sache, die wir ganz genau beobachten müssen.

Claus-Jürgen Roepke:

Gibt es Ansätze für eine Ausländerarbeit, die Sie gerne „gerettet" sähen? Sie waren ja in der zu Ende gehenden DDR kurze Zeit Ausländerbeauftragte in Berlin.

Anetta Kahane:

Durchaus. Ähnlich wie die Bürgerkomitees sind unsere Ausländergruppen und Inländergruppen entstanden. Wir würden gerne diese Eigeninitiativen und diese Basisarbeit weiter unterstützen. Wir haben eine ganze Reihe solcher Gruppen. Die brauchen ein Netz.

Jens Reich:

Wir sollten sagen, daß das Geld, was wir hier haben, für diese Arbeit bestimmt ist.

Anetta Kahane:

Die diesjährigen Preisträger und Preisträgerinnen des THEODOR-HEUSS-PREISES haben sich entschlossen, ihr Geld der regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen in Ost-Berlin zu übergeben, deren Ziel der Abbau von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenangst ist. Mit den 20.000 Mark soll die Eigeninitiative der Roma und Sinti unterstützt werden, die in Berlin für Flüchtlinge aus Südosteuropa mit der regionalen Arbeitsstelle zusammen ein Programm zur Förderung und sozialen Beratung entwickeln. Um eine wirksame Betreuung und Information dieser Gruppe möglich zu machen, soll u.a. ein Raum als Streetworker konkrete Aufklärungsarbeit leisten. Dies ist wichtig, weil so Unsicherheiten, Ängste und soziale Härten gemildert werden, die oft die Ursache von Spannungen sind. Das Geld soll auch dazu verwendet werden, in Ostberliner Schulen und Bezirken Tradition und Probleme dieses Volkes aus heutiger Sicht den Deutschen nahe zu bringen. Uns Preisträgern liegt viel daran, denn es ist ein Stück praktischer Vergangenheitsbewältigung, da Roma und Sinti – wie die Juden – sowohl von den Nazis vernichtet als auch in der DDR mißachtet oder mißbraucht wurden. Wir wollen damit auch ein Zeichen setzen für eine positive Öffentlichkeit von Roma und Sinti in dieser Zeit, in der es vielen Menschen in der Welt – nicht nur in Deutschland – schlecht geht. Die Förderung von Toleranz und zivilem bürgerlichen Verhalten ist für uns sowohl eine Sache des praktischen Handelns als auch der politischen Kultur im vereinten Deutschland.

Claus-Jürgen Roepke:

Es ist ja auch heute morgen wieder gesagt worden: Die 89er sind mit einem Traum angetreten, und manches davon ist inzwischen dahingegangen, ist zerbröselt, denn die Situation hat sich sehr schnell geändert. Wenn Sie jetzt zurückblicken auf diesen Beginn, was würden Sie sagen, möchten Sie aus dieser Aufbruchphase hineintragen in unsere gemeinsame, demokratische Zukunft in Deutschland?

Jens Reich:

Ja, manchmal hat man den Eindruck: Übernommen wird ins neue Deutschland nur das „Sandmännchen" im Fernsehen, der Rechtsabbiege-Pfeil bei Rot und vielleicht noch das rauhe Klopapier, ich denke über die Dinge, die die Bundesrepublik freiwillig bereit ist zu übernehmen, sollte man keine Vorschriften machen. Was wir ins neue Deutschland mit einbringen, was sie davon haben wollen, *mithaben* wollen, das sollen sie selbst entscheiden. Auf jeden Fall müssen sie mit uns vorlieb nehmen, so wie wir sind. Und sie müssen damit klarkommen, daß wir unsere Jugend, unser Leben, unsere Tradition in der DDR hatten, daß wir dieses Land verteidigt haben, daß wir es nicht im Stich gelassen haben und daß es jetzt mit dazugehört und wir uns irgendwie miteinander einig werden müssen.

David Gill:

Sie haben über die Zeit des Herbstes '89 und das Frühjahr '90 gesprochen. Aus der DDR etwas zu übernehmen, – es fällt mir schwer, da jetzt konkret etwas zu benennen. Aber gerade in dieser Zeit der Wende habe ich sehr die Solidargemeinschaft im ostdeutschen Volk genossen. Die Polarisierung war noch nicht so weit fortgeschritten, daß man sich bekämpft hat. Ich weiß nicht, wie das in einer Demokratie funktioniert. Was mir gefallen würde, wäre ein neues Nachdenken auch über Strukturen. Vielleicht sollte man – z.B. auch in Bundesbehörden – manches Bewährte und Langfestgelegtes neu bedenken; neu auch über Ziele diskutieren, die man mit einer festgefügten Struktur erreichen will.

Claus-Jürgen Roepke:

Mehr Mut also zur Veränderung – auch bei uns.

Ulrike Poppe:

Mich hat damals sehr beeindruck, mit welchem Selbstbewußtsein die Bürgerinnen und Bürger von heute auf morgen in den Städten und Gemeinden ihre eigenen Geschäfte übernommen haben, als die Mächtigen plötzlich weg waren und ein Vakuum entstanden war. Sie haben das gemacht, ohne daß sie das vorher gelernt hätten und ohne daß sie vorbereitet waren, und sie haben es gut gemacht. Dieses neue Selbstbewußtsein ist nun – ich hoffe, nur vorübergehend – ein bißchen zurückgedrängt worden. Ich hoffe, daß es wieder hervorkommt und daß die Menschen, die unmittelbar vor Ort betroffen sind von politischen Entscheidungen, wieder mehr Mut zur Selbstgestaltung ihrer Dinge finden.

Christian Führer:

Ich möchte gerne sagen – und damit meine ich die Bevölkerung der alten DDR – daß wir nicht 40 Jahre lang umsonst gelebt, gearbeitet und geglaubt haben. Aber wir müssen uns – wie wir geworden sind – auch verändern, wir müssen uns einbringen. Ich denke, daß diese beiden sehr unterschiedlichen Deutschländer nach dem guten Grundsatz des Neuen Testamentes verfahren sollten. Einander annehmen und zäh und geduldig und hartnäckig die enorme Unterschiedlichkeit bearbeiten und abbauen. Und aus der speziellen Erfahrung, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, möchte ich unmittelbar sagen: Ich möchte mit hinübernehmen, daß wir uns der Macht – wo immer sie sich zeigt – nicht anpassen.
Für mich persönlich hat in den letzten Jahren ein Bibelwort eine besondere Rolle gespielt, das ich auch mit hinübernehmen möchte in das neue Deutschland: „Wir gehören nicht zu denen, die zurückweichen und verlorengehen, sondern zu denen, die glauben und das Leben gewinnen." Das möchte ich auch weiterhin tun.

Anetta Kahane:

Wir sind in der DDR ganz stark in Rollen aufgewachsen. Ich stelle jetzt fest, daß das hier genauso gewesen ist. Hier ist das Wort gefallen vom „guten Deutschland". Ich bin immer aufgewachsen im „neuen Deutschland". Jeder wollte da auf seine Weise nach dem Krieg Recht behalten. Ich wünschte mir jetzt, daß dieses „Recht behalten wollen" aufhört und daß wir gemeinsam etwas Neues aufbauen.

Joachim Gauck

Ja, ich möchte etwas mitbringen, in das neue, vereinte Deutschland, und ich bringe etwas mit. Ich bringe mit, daß ich die Demokratie und den Rechtsstaat, wie ich sie hier vorfinde, anschaue wie einer der 40 Jahre durch eine Wüste gegangen ist und nun in einer Oase ankommt. Ihm scheint dort alles toll. Die Oasenbewohner wissen längst um die Probleme, die sie haben. Aber viele von uns kommen und erinnern diejenigen, die hier unter bestimmten Formen von Fehlentwicklung leiden, daran, daß dies alles, was hier Gestalt gewonnen hat, aus ganz wichtigen Wurzeln gewachsen ist, wo emanzipatorisches Gedankengut und Gewaltenteilung an der Wiege dieses gegenwärtigen Staates standen. Ich schaue diese Gesellschaft so an, wie einer, der sie das erste Mal sieht und sich freut. Und erinnere mit dieser Freude daran, woraus sie erwachsen ist, wo sie hergekommen ist.

Und dann tu ich noch etwas anderes, was nicht zeitgemäß ist. Ich will nicht vergessen, daß wir unseren Weg aus Leiden angetreten haben. Aus der Tiefe unserer Leiden ist die Sehnsucht gekommen, eine ganz tiefe Sehnsucht, etwas anderes zu gestalten. Das will ich für micht nicht vergessen.

Aus Leiden also und Sehnsucht ist die Kraft erwachsen, die Freiheit wollte. Und ich will nicht vergessen, daß das, was wir geschaffen haben, etwas war, was wirklich etwas mit Freiheit zu tun hatte.

Claus-Jürgen Roepke:

Meine Damen und Herren, bei der Verleihung und in unserem Gespräch ging es um den aufrechten Gang in die Demokratie und in der Demokratie. Wenn ich recht sehe, liegt eine Wurzel dieser in dem Werk Dietrich Bonhoeffers. Wenn ich recht sehe hat das Werk dieses Theologen im Osten Deutschlands in den zurückliegenden vier Jahrzehnten eine größere Rolle gespielt als im Westen bei uns. Ich möchte mit diesem kurzen Wort von Dietrich Bonhoeffer unsere Gesprächsrunde schließen. Der Bekenner und Märtyrer aus den dunklen Zeiten Deutschlands hat einmal folgendes formuliert: „Wir sind stumme Zeugen böser Taten gewesen. Wir sind mit vielen Wassern gewaschen. Wir haben die Künste der Verstellung und der mehrdeutigen Rede gelernt. Wir sind durch Erfahrung mißtrauisch gegen die Menschen geworden. Wir sind durch unerträgliche Konflikte mürbe oder vielleicht sogar zynisch geworden. Sind wir noch brauchbar? Nicht Genies, nicht Zyniker, nicht Menschenverächter, nicht raffinierte Taktiker, sondern schlichte, einfache, gerade und aufrechte Menschen werden wir für die Zukunft brauchen."

Die Menschen, auf die wir heute die öffentliche Aufmerksamkeit lenken wollten, sind unserer Überzeugung nach Beispiele für schlichte, gerade, aufrechte Menschen in schwierigen Zeiten. Es ist der Wunsch der THEODOR-HEUSS-STIFTUNG, daß diese Beispiele weiter wirken in unserem Land.

Schlußwort
Manfred Rommel

So wie es Meinungen gibt, die deren Inhaber berechtigen, im Namen der Jugend zu sprechen, obwohl er dieser biologisch schon seit langem nicht mehr angehört, so gibt es Gesinnungen, die es deren Inhabern erlauben, sich selbst auch dann als fortschrittlich zu bezeichnen, wenn sie sich ein langes Leben lang noch nie bewegt haben. Wer das Schlußwort hat, also der Schlußwortinhaber, kann beanspruchen, daß ihm nicht widersprochen wird, denn nach ihm spricht niemand mehr. Die Zuhörer sind ihm wehrlos ausgeliefert. Ich will aber diese günstige Position nicht mißbrauchen. Ich möchte zunächst allen danken, die dazu beigetragen haben, daß diese Veranstaltung gelingt. Ich beglückwünsche die Preisträger und versichere sie meines Respekts. Ich gedenke aber auch der befreundeten und benachbarten Staaten von Bundesrepublik und DDR, ohne die eine Wiedervereinigung nicht möglich gewesen wäre.

Detail nicht vernachlässigen

Vielleicht war die Tür zur Wiedervereinigung nur kurze Zeit einen Spalt offen. Hätte sich die Bundesregierung und der Bundestag mehr Zeit genommen, wäre sie möglicherweise wieder geschlossen gewesen. Leo Trotzki hat in seinen Lebenserinnerungen über die Gründung der Roten Armee geschrieben: Hätten wir mehr Zeit gehabt, hätten wir möglicherweise noch mehr Fehler gemacht. So war es hier nicht. Es wurden viele Details beiseite geschoben, und zwar zu Recht, um rasch zur Wiedervereinigung zu kommen. Aber die Vernachlässigung des Details sollte nicht weiter anhalten. Eine bessere Wirklichkeit ist nur im Detail zu haben.

Es ist beispielsweise beunruhigend, und es verlangt politische Aufmerksamkeit, wenn vor ein paar Tagen in Berlin die Bürgermeister ostdeutscher Städte erklärt haben, daß sie wohl in wenigen Monaten ihre Beschäftigten nicht mehr bezahlen können, weil es am Geld fehlt. Nach ihrer Darstellung wurde bei der Vereinbarung des Kanzlers mit den Ministerpräsidenten über den Aufschwung Ost zwar der Investitionsbereich gut ausgestattet, aber übersehen, daß die Verwaltungshaushalte der Kommunen in Ostdeutschland nur teilweise finanziert sind. Wenn die innere Wiedervereinigung Fortschritte machen soll, dürfen wir die realen Details nicht verachten. Wenn unser Preisträger Jens Reich über das bisher von Westdeutschland Geleistete bemerkt, es sei aus der Klingelgeldhosentasche bezahlt, so ist er sich wohl nicht ganz dessen bewußt, was 100 Milliarden DM jährliche Transferleistungen bedeuten. 100 Milliarden DM sind eine Zahl mit elf Nullen. Auch im Kapitalismus muß man lernen, die Null mit Respekt zu behandeln.

Krumm ohne Last

Das Leitmotiv unserer Veranstaltung war der aufrechte Gang. Ich darf zusammenfassend feststellen: In der Demokratie geht man leichter aufrecht. Aber zu viele schaffen es auch in der Demokratie, krumm zu gehen, ohne daß sie eine Last zu tragen hätten. Es kommt jedoch nicht nur darauf an, wie wir gehen, sondern wohin wir gehen. Das Ziel unseres Weges sollte die Welt der Tatsachen sein. Die wahre Welt ist die wirkliche Welt. Diese Bemerkung klingt nach Hegel, aber ich will Sie beruhigen, weil ich nicht gedenke, über Stuttgarts größten Sohn – Anwe-

sende ausgenommen – längere Ausführungen zu machen.

Die Wiedervereinigung wird gelingen. Die Vereinigung der Badener und Württemberger ist ja auch gelungen. Freilich war sie schon seit Jahrhunderten angelegt. Beispielsweise gab es am Beginn des 19. Jahrhunderts ein gemeinsames badisches und württembergisches Armeekorps. Freilich galt das württembergische Angriffssignal im Badischen als Rückzugssignal, so daß es niemand verwundern kann, wenn wir gemeinsam 1866 den Krieg gegen die Preußen verloren haben, was ich hier in Anwesenheit des brandenburgischen Ministerpräsidenten anmerken darf.

Nietzsche dachte an Stuttgart

Erlauben Sie mir, daß ich heute anstatt eines schwäbischen einen sächsischen Philosophen zitiere, und zwar einen, der nie hier war, aber beinahme einmal hiergewesen wäre. Friedrich Nietzsche schrieb 1884 an einen Freund, er suche eine Stadt mit großer Bibliothek, wo er inkognito leben könne, er habe an Stuttgart gedacht. Die Hoffnung Nietzsches, in Stuttgart inkognito leben zu können, hätte sich angesichts des Bedürfnisses der Schwaben, die Lebensverhältnisse ihrer Nachbarn zu ermitteln, wohl nicht erfüllen lassen.

Nietzsche hat über Hegel ausgeführt, dieser wisse etwas vom schwäbischen Gottvertrauten: vom kuhmäßigen Optimismus. Nietzsche hat auch behauptet: Gott ist widerlegt, der Teufel nicht, ein Wort, das sicher unseren Ministerpräsidenten interessieren wird. Vor allem aber ist Nietzsche dem Kleinmut entgegengetreten mit dem Wort: Was uns nicht umbringt, macht uns stärker. Das ist auch eine gute Devise, wenn es um das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands geht. So wollen wir mit Mut und Realismus in die Zukunft gehen.

Und da ich gerade von Realismus rede, erlaube ich mir den realistischen Schluß: Diejenigen, die in der unteren Garderobe ihre Sachen abgegeben haben, werden gebeten, diese in die Garderobe des Marmorsaals mitzunehmen, weil die untere Garderobe geschlossen wird.

Theodor-Heuss-Preisträger Theodor-Heuss-Medaillenempfänger 1965 – 1991

1965
»Vom rechten Gebrauch der Freiheit«

PREISTRÄGER:
- Professor Georg Picht (Bildungsreform)
- Aktion Sühnezeichen (Aussöhnung)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Evangelische Volksschule Berchtesgaden (Schülerbegegnung)
- Jugendrotkreuz Roding
- Peter Löser-Gutjahr und Heinrich Sievers (Schülerzeitschrift)

1966
»Über den Mut, den ersten Schritt zu tun«

PREISTRÄGER:
- Marion Gräfin von Dönhoff (Ostpolitik)
- Bamberger Jugendring (Gegen Rassenhaß und Intoleranz)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Oberschulrat Wendelin Forstmeier (Landschulreform)
- Ehrengard Schramm (Hilfe für Griechenland)
- Bund Deutscher Pfadfinder (Berlin-Seminar)

1967
»Verantwortung ist Bürgerpflicht«

PREISTRÄGER:
- Wolf Graf von Baudissin (Demokratisierung der Bundeswehr)
- Professor Ludwig Raiser (Ostpolitik)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Aktion Student aufs Land (Bildungschancen für Landkinder)
- Rainer Wagner (Jugendzeitschrift »gabelmann«)

1968
»Demokratie glaubwürdig machen«

PREISTRÄGER:
- Dr. Dr. Gustav Heinemann (Justizreform)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Karin Storch (Schülerzeitung)
- Helferkreis zur Betreuung ausländischer Zeugen in den KZ-Prozessen (Aussöhnung und Vergangenheitsbewältigung)

1969
»Konflikte – Ende oder Anfang der Demokratie«

PREISTRÄGER:
- Günter Grass (Politische Auseinandersetzung mit radikalen Studentengruppen)
- Dr. Hans Heigert (Persönliches Engagement in der Kirche)
- Hans Wolfgang Rubin (Einleitung der Ostpolitik)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Dr. Gisela Freudenberg (Modellversuch: Gesamtschule)
- Christel Küpper (Friedenspädagogik)

1970
»Demokratisch leben«

PREISTRÄGER:
- Bürgeraktion zum Schutze der Demokratie (gegen NPD)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Lebenshilfe für geistig Behinderte
- Oberstaatsanwältin Dr. Barbara Just-Dahlmann (Strafrechtsreform)

1971

»Mehr Demokratie braucht mehr Demokraten«

PREISTRÄGER:

- Walter Scheel (Verantwortung in der Demokratie)
- Aktion junge Menschen in Not, Gießen (Strafvollzug)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:

- Hans-Hermann Stührenberg (Autobahn-Leitplanken)
- Aktion Bildungsinformation, Stuttgart (mehr Bildungschancen)

1972

»Demokratie verantworten«

PREISTRÄGER:

- Alois Schardt und die Redaktionsgemeinschaft von »Publik« (Kirche und Demoraktie)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:

- Verein zur Förderung von Gemeinwesenarbeit, München
- Verband für Praktizierte Humanität, Hamburg
- PROP-Alternative, München (Drogen-Selbsthilfegruppe)

1973

»Der lange Weg vom Untertan zum mündigen Bürger«

PREISTRÄGER:

- Der mündige Bürger

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:

- Christian Wallenreiter (für publizistische Verdienste)
- Professor Theodor Hellbrügge (Behinderte Kinder)
- Aktionsgemeinschaft Westend, Frankfurt (Stadtplanung)

1974

»Demokratie aktiv legitimieren«

PREISTRÄGER:

- Initiativgruppe zur Betreuung ausländischer Kinder, München
- Initiativkreis ausländischer Mitbürger und die Spiel- und Lerngruppen für Gastarbeiterkinder, Augsburg

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:

- D. Dorothee Sölle (Engagement in der Kirche)
- Thea Gerstenkorn (Frau in der Gemeinde)

1975

»Weltverantwortung und individuelle Lebenschancen«

PREISTRÄGER:

- Forum Regensburg (Altstadtsanierung)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:

- Arbeitsgemeinschaft für Friedensdienste, Laubach (Aktives Engagement für Frieden)
- Modellversuch »Gerechtigkeit – Friede«, Lüdinghausen (Dritte Welt)

1976

»Demokratie im Wahlkampf«

PREISTRÄGER:

- Egon Bahr (Ostpolitik)
- Burkhard Hirsch (Parlamentsreform)

keine THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN

1977

»Grundwerte der Demokratie: Initiative und Verantwortung«

PREISTRÄGER:

- Karl Werner Kieffer (Ökologische Verantwortung)
- Dieter Fertsch-Röver (Mitbestimmung und Vermögensbildung in Unternehmen)
- Modell Berufseingliederung und Berufsausbildung »Lernbehinderter« der Handwerkskammer Mittelfranken

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:

- Karl Klühspies (Stadterhaltung)
- Gesellschaft für Sozialwaisen – GESO – (Engagement für familienlose Kinder)

1978

»Verteidigung der Freiheit«

PREISTRÄGER:

- Helmut Schmidt (Demokratische Verantwortung angesichts terroristischer Bedrohung)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- *Manfred Rommel*
- *Alfred Grosser*
- *Landesbischof Johannes Hanselmann*

1979
»Bürgerengagement für Europa«

PREISTRÄGER:
- Stadt Castrop-Rauxel (Städtepartnerschaften)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Hilfsaktion Bretagne (Ölkatastrophe)
- Lilo Milchsack (Deutsch-Englische Gespräche)
- Hans Paeschke (Zeitschrift »Merkur«)

1980
»Verantwortung für den Nächsten«

PREISTRÄGER:
- terre des hommes Deutschland (Hilfe für Kinder in aller Welt)
- Professor Horst Eberhard Richter (Engagement in der Psychiatrie)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- die vier Nachbarschaftshilfen (Soziale Hilfe) Unterschleißheim – Oberschleißheim – Garching-Hochbrück – Sozialdienst Unterpfaffenhofen-Germering
- Deutsch-Türkischer Kindertreff (Ausländerarbeit)
- Gerhard Mauz (Demokratie und Justiz)

1981
»Arbeitslosigkeit – Herausforderungen in der Zukunft«

kein PREISTRÄGER

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Arbeitslosen-Initiative Stuttgart (Selbsthilfeorganisation)
- Projektgruppe JUBA der Philips Apparatefabrik Wetzlar für Ausbildungsplätze
- Juniorenarbeitskreis Haßberge der IHK Würzburg/Schweinfurt (Ausbildungsplätze im Zonenrandgebiet)

1982
»Frieden wahren, fördern und erneuern«

PREISTRÄGER:
- Die Denkschrift der Kammer für öffentliche Verantwortung in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) »Frieden wahren, fördern und erneuern« (Friedenspolitik)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Verein für Friedenspädagogik Tübingen
- Gemeinde Meeder bei Coburg (Friedensfeste)
- Klaus Peter Brück und Karl Hofmann für das Lehrerbildungsprojekt in Soweto/Südafrika (Frieden zwischen Rassen)

1983
»Der Nachbar als Fremder – der Fremde als Nachbar«

kein PREISTRÄGER

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Renate Weckwerth und die von ihr geleitete »Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher« Oberhausen
- Izzettin Karanlik (Deutsch-türkische Ausbildungswerkstatt)
- Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Siegerland (Deutsche und Juden)
- Hilde Rittelmeyer (Deutsch-amerikanische Clubs)

1984
»Politischer Stil in der demokratischen Auseinandersetzung«

PREISTRÄGER:
- Richard von Weizsäcker (Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden; Initiativen zur Ost- und Deutschlandpolitik)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Liselotte Funcke (Ausländerbeauftragte)
- Dr. Ruth Leuze (Datenbeauftragte)
- Stiftung Die Mitarbeit (Förderung von Bürgerinitiativen)
- Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze, Stuttgart

1985
»Verantwortung für die Freiheit«

PREISTRÄGER:
- Dr. h.c. Georg Leber (Vermittlung in Tarifkonflikten)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Aktion Menschen für Menschen – Karlheinz Böhm (Hilfe für Äthiopien)
- Deutsches Komitee Not-Ärzte e. V. – Rupert Neudeck (Ärzte-Engagement in aller Welt)

1986
»Mut zum Erinnern – Kraft zur Versöhnung«

PREISTRÄGER:
- Werner Nachmann (jüdisch-deutsche Aussöhnung und friedliches Zusammenleben von Juden und Christen in der Bundesrepublik)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag (Abbau gegenseitiger Vorurteile im deutsch-jüdischen Verhältnis)
- Tadeusz Szymansi (Einsatz als Betreuer und Gesprächspartner für Besuchergruppen im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz)
- Förderverein Internationale Jugendbegegnungsstätte Dachau e. V. (Auseinandersetzug mit dem Nationalsozialismus)
- Hartmut Peters und das Schüler-Lehrer-Projekt »Juden besuchen Jever« (deutsch-jüdische Aussöhnung am Beispiel der Heimatstadt)
- Erwin Essl (deutsch-sowjetische Zusammenarbeit)

1987
»Verantwortung für Natur und Leben – Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie«

PREISTRÄGER:
- Professor Klaus Michael Meyer-Abich (ökologische Verantwortung)
- Ralf-Dieter Brunowsky und Professor Lutz Wicke (Ökologie und Ökonomie)

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Dieter Menninger und der Rheinisch-Bergische Naturschutzverein e. V. (regionaler Umwelt- und Naturschutz)
- Max Himmelheber (ökologisch verantwortungsbewußt handelnder Unternehmer und Mäzen für geistige, philosophische und kulturelle Initiativen)
- Stadt Rottweil (Entwicklung und Erprobung umweltfreundlicher kommunaler Energie- und Müllentsorgungspolitik)

1988
«Grenzgänger zwischen Macht und Geist – zwischen Macht und Verantwortung«

PREISTRÄGER:
- Professor Walter Jens und Dr. Inge Jens

THEODOR-HEUSS-MEDAILLE:
- Bürgermeister Klaus von Dohnanyi

1989
»Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung«

PREISTRÄGER:
- Carl Friedrich von Weizsäcker

1990

PREISTRÄGER:
- Hans-Dietrich Genscher

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN:
- Hermann Lutz
- Schülermitverwaltung und Vertrauenslehrer des Werner-von-Siemens-Gymnasiums, München

1991
PREISTRÄGER:
Die friedlichen Demonstranten des Herbstes 1989 in der damaligen DDR
zuerkannt und in Form von

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN verliehen an:
Christian Führer – Joachim Gauck – David Gill – Anetta Kahane – Ulrike Poppe – Jens Reich

Inhaltsverzeichnis

		Seite
THEODOR-HEUSS-PREIS 1991		
Was ist der THEODOR-HEUSS-PREIS?		1
Begrüßung	Paul Noack	7
	Ministerpräsident Erwin Teufel	9
	Hans-Jochen Vogel	11
Begründung und Verleihung der Preise	Hildegard Hamm-Brücher 13	
Ansprachen	Ministerpräsident Manfred Stolpe: Über den aufrechten Gang in die Demokratie	18
	Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth Über den aufrechten Gang in der Demokratie	22
Gespräch	am „Runden Tisch" mit den Preisträgern Moderation: Claus-Jürgen Roepke	27
Schlußwort	Oberbürgermeister Manfred Rommel	36
THEODOR-HEUSS-PREISE und -MEDAILLEN 1965-1991		38

Ausschreibungsbedingungen

Vorschläge und Anregungen für die Preisverleihung können von jedermann eingereicht werden. Auch Bewerbungen sind möglich. Das Preisgericht setzt sich aus Vorstand und Kuratorium der Stiftung zusammen. Die Auswahl der Preisträger erfolgt nach streng überparteilichen Gesichtspunkten. Als Preisträger kommen in Frage Staatsbürger, die sich in besonderer Weise für das Allgemeinwohl eingesetzt haben, auch Klassen oder Schulgemeinschaften, Jugendgruppen, Organisationen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Frauenorganisationen, Betriebsgruppen, sonstige Organisationen und Vereinigungen sowie politische Gruppen aller Art und Richtungen, die besondere Beispiele demokratischen Engagements, Zivilcourage und Einsatz für die demokratische Weiterentwicklung bewiesen haben. Meldeschluß für die Beteiligung ist jeweils der 15. Oktober eines Jahres. Bis dahin müssen die Berichte und Vorschläge dem Vorstand vorgelegt werden.

Sehr geehrte Freunde und Förderer!

Unsere Stiftung finanziert ihre Arbeit aus Spenden.
Sie sind steuerbegünstigt. Spendenquittungen werden sofort zugesandt.
Auch Ihre finanzielle Hilfe wird dankbar begrüßt! Sie helfen uns helfen!

Bankkonto: Landesgirobank Stuttgart,
Kto.-Nr. 2264105 (BLZ 600 501 01)

THEODOR-HEUSS-STIFTUNG
zur Förderung der politischen Bildung und Kultur e. V.

Ehrenvorsitzender:
Bundespräsident a. D. Walter Scheel

Vorsitzende: Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Stellv. Vorsitzender: Prof. Paul Noack

Dem Vorstand gehören an:
Hermann Freudenberg –
Ludwig Hesse – Ursula Hauss – Claus-Jürgen Roepke –
Manfred Rommel – Erwin Teufel – Hans-Jochen Vogel

Dem Kuratorium gehören an:
Dr. Marcus Bierrich – Dr. Rolf Böhme – Heinrich Enderlein – Prof. Andreas Flitner – Ulrich Frank-Planitz – Reiner Günter – Gerhard F. Hasemann – Dr. Helmut Hammerum – Prof. Hartmut von Hentig – Dr. Burkhard Hirsch – Prof. Wolfgang Huber – Michael Klett – Dr. Thomas Löffelholz – Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz – Prof. Golo Mann – Dr. Anke Martiny – Angelika Merkel – Dr. Jürgen Morlok – Edzard Reuter – Ulrike Poppe – Prof. Jens Reich – Herbert Riehl-Heyse – Reinhard Rürup – Dr. Dieter Schanz – Prof. Kurt Sontheimer – Dr. Rolf Thüringer – Klaus von Trotha – Robert Vogel – Guido Westerwelle – Ingrid Walz – Prof. Ernst-Ulrich von Weizsäcker – Rike Wollenschläger

Impressum:
Herausgegeben von der
THEODOR-HEUSS-STIFTUNG
Feuerstraße 14, 7000 Stuttgart 1
Telefon 0711 / 24 34 92
Redaktion: Hannelore Kreuter